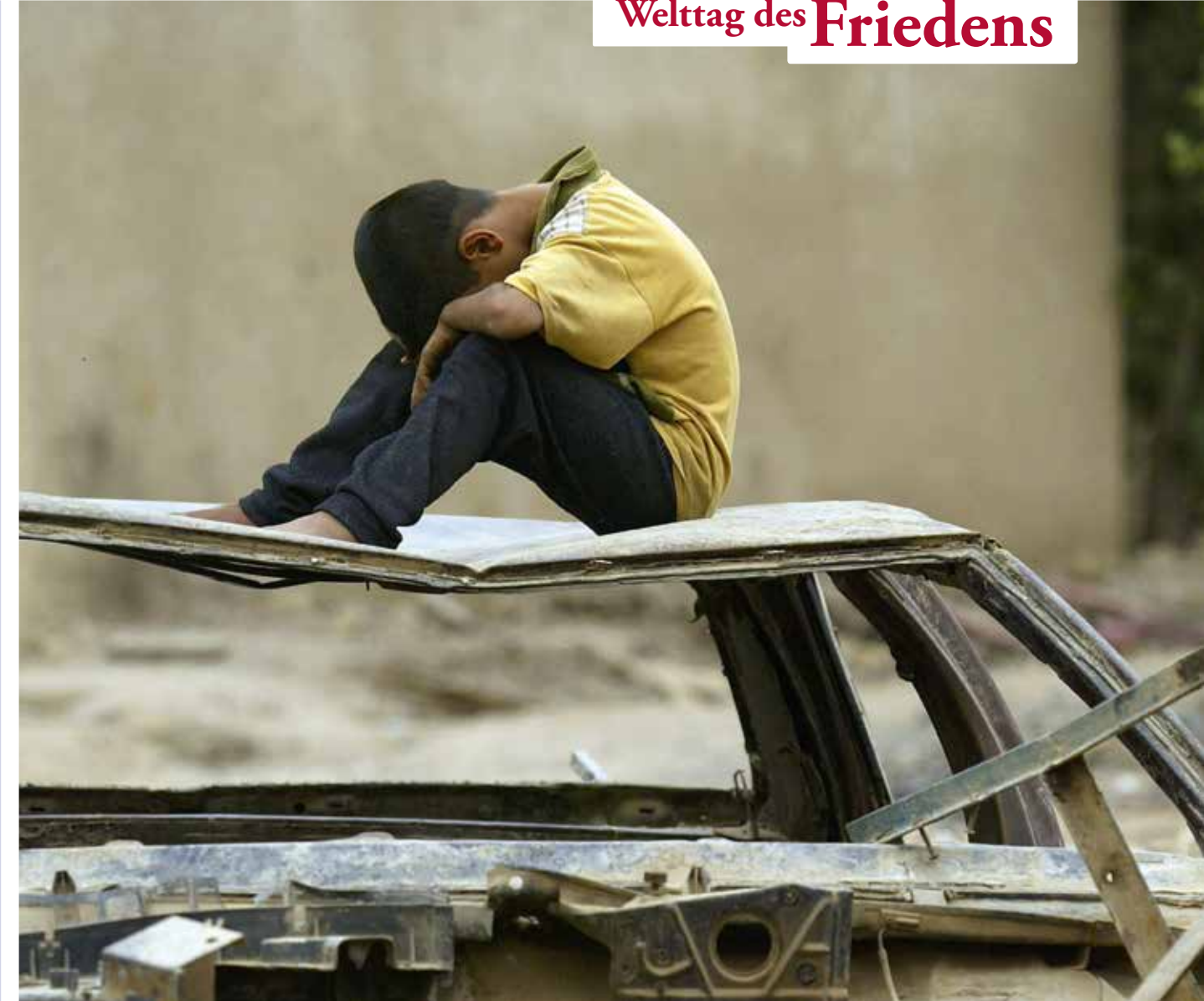


50 Jahre
Welttag des Friedens



GEWALTLOSIGKEIT – STIL EINER POLITIK FÜR DEN FRIEDEN

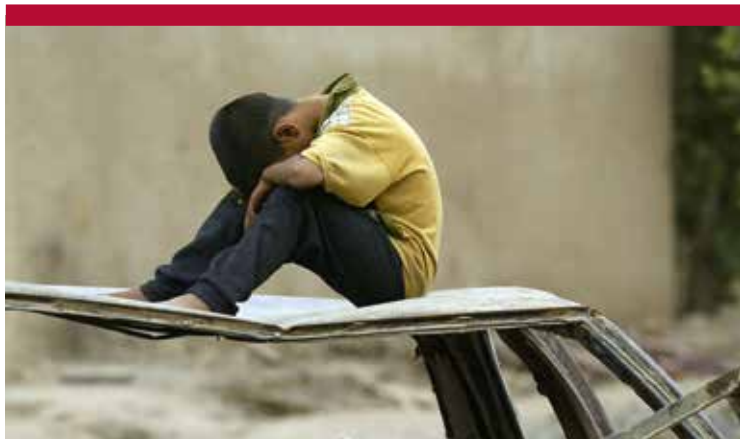
Welttag des Friedens

1. Januar 2017

Eine Arbeitshilfe der
Deutschen Bischofskonferenz



Welttag des Friedens 2017



Zum Welttag des Friedens am 1. Januar 2017

Vor dem Hintergrund der zahlreichen gewalttätigen Konflikte weltweit und der auch uns im Herzen von Europa wieder stärker ins Bewusstsein tretenden Zerbrechlichkeit einer jeden Friedensordnung hat Papst Franziskus den 50. Welttag des Friedens am 1. Januar 2017 unter das Thema „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ gestellt. Zu diesem Tag richtet er eine Botschaft an die Repräsentanten der Staaten und alle Menschen guten Willens, in der er die gemeinsame Verantwortung für ein gewaltloses Zusammenleben, die allen Gliedern der einen Menschheitsfamilie aufgetragen ist, unterstreicht.

Die Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz greift den 50. Jahrestag der Einführung des Welttags des Friedens durch Papst Paul VI. am 1. Januar 1968 mit einem Rückblick auf die vergangenen Welttage des Friedens auf. Sie entfaltet anschließend das diesjährige Thema in systematischer, biblischer und praktischer Perspektive und bietet auch Anregungen für Gottesdienste und Gebetsstunden. Die Bischöfe möchten damit die Gläubigen in den Kirchengemeinden und katholischen Verbänden ermutigen, am 1. Januar oder an einem anderen Tag in den ersten Wochen des neuen Jahres mit anderen Menschen zusammenzukommen, um über den Frieden nachzudenken. Die Arbeitshilfe bietet Anregungen und Inspiration, um miteinander über die Verantwortung aller für ein Zusammenleben in Gewaltlosigkeit zu sprechen und gemeinsam Pläne für eine Förderung von Gewaltlosigkeit nicht nur im politischen, sondern auch im konkreten persönlichen und beruflichen Umfeld zu entwickeln. Die liturgischen Impulse am Ende der Arbeitshilfe wollen dazu einladen, um das Geschenk des Friedens persönlich und gemeinsam in Gemeinde und Verband immer wieder neu zu beten.

Die Papstbotschaft zum Welttag des Friedens steht zum Download als pdf-Datei auf der Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz bereit: www.dbk.de.

Zum Titelbild: Ein obdachloser Junge in einem ehemaligen Militär-Stützpunkt im Irak
Foto: Paula Bronstein/Getty Images

Inhaltsverzeichnis

- 3 Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden
Geleitwort von *Reinhard Kardinal Marx*

KIRCHEN- UND ZEITGESCHICHTE

- 4 50 Jahre Welttag des Friedens der katholischen Kirche – (K)eine Erfolgsgeschichte?
Prof. Dr. Ulrich Ruh

DER GEWALTLOSIGKEIT NACH(-)DENKEN: SYSTEMATISCHE ÜBERLEGUNGEN

- 7 Strukturelle Gewalt gewaltlos überwinden –
Ethische Grundlagen einer globalen
Friedensordnung
Prof. Dr. Thomas Hoppe
- 10 Gewaltlosigkeit und Menschenrechte – Die Stärke
des Rechts gegen das Recht des Stärkeren
Bischof Dr. Stephan Ackermann

AUF/AUS BIBLISCHEM GRUND

- 12 Gewaltunterbrechung – Ein biblischer Weg
zum Frieden
Prof. Dr. Ilse Müllner

UMSETZUNG WAGEN – ERMUTIGUNG ZUM HANDELN

- 14 Friede ist immer möglich – Erfahrungen der
Gemeinschaft Sant'Egidio
Dr. Cesare Zucconi
- 17 Krieg verhüten, stabilen Frieden fördern!
Zivile Konfliktbearbeitung als Baustein deutscher
Friedenspolitik
Winfried Nachtwei, MdB a. D.
- 19 Instrument gewaltlosen Friedensengagements –
Ein Bericht aus der Praxis als Fachkraft im
Zivilen Friedensdienst in Sierra Leone
Sandra Koch
- 21 Interreligiöse Zusammenarbeit als notwendige
Bedingung für den Frieden – Impulse aus einer
spannungsreichen Region
Prof. Dr. Fadi Daou und Prof. Dr. Nayla Tabbara
- 24 Gewaltlosigkeit statt Alternativlosigkeit – Gedanken
über Stile der Politik
Prof. DDr. Thomas Sternberg, MdL

SPIRITUELL LEBEN

- 25 Brücken offen halten – Geistliche Erfahrungen
im Umgang mit Sterbenden im Herzen von
Jerusalem
Sr. Monika Düllmann SJA

LITURGISCHE IMPULSE

- 27 Anregungen für eine Gebetsstunde
- 32 Ökumenisches Friedensgebet 2017 / Impressum

Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden

Gewaltlosigkeit in der internationalen Politik – mehr als nur ein frommer Wunsch? Mit Blick auf die zahlreichen Krisen und Konflikte unserer Zeit könnte man geneigt sein, diese Frage zu verneinen. Aber gerade in der Weihnachtszeit werden wir Christen durch die Geburt des Friedensfürsten in Betlehem daran erinnert, dass wir die gegenwärtigen Gewaltverhältnisse, im Großen wie im Kleinen, nicht einfach hinnehmen dürfen. Deshalb feiert die katholische Kirche seit 50 Jahren jeweils am Beginn eines Jahres den „Welttag des Friedens“. So wird mit Blick auf das ganze Jahr die Perspektive deutlich, die unser christliches Handeln bestimmen soll: Überwindung von Gewalt, Förderung des Friedens! Von diesem Geist ist der katholische Weltfriedenstag seit 50 Jahren bestimmt. Die Arbeitshilfe, die die Deutsche Bischofskonferenz zu diesem Jubiläum herausgibt, zeichnet die Grundlinien und die Entwicklung des kirchlichen Friedensdenkens in einem kirchen- und zeitgeschichtlichen Rückblick nach.

Papst Franziskus hat die Ausweitung von Gewaltherden in den letzten Jahren mit dem Ausdruck „Dritter Weltkrieg auf Raten“ zusammengefasst. Die schrecklichen Nachrichten, die uns aus Syrien, dem Irak und aus vielen anderen Gebieten erreichen, führen die Dramatik dieser Aussage fast täglich vor Augen. In welchem krassem Gegensatz dazu steht die Botschaft des Evangeliums! Bei der ökumenischen Pilgerfahrt ins Heilige Land, zu der sich im zurückliegenden Oktober katholische Bischöfe gemeinsam mit Ratsmitgliedern der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgemacht hatten, haben wir den „Berg der Seligpreisungen“ besucht. Der Geist der Gewaltlosigkeit, der im Hören der Seligpreisungen gerade an diesem Ort so kraftvoll spürbar wird, hat uns alle tief berührt. Doch ist dieser Geist nicht auf einen Ort beschränkt: Beim Pilgern, in der gemeinsamen Feier der Liturgie, beim Lesen der Heiligen Schrift, in Nachdenken und persönlichem Gebet können wir alle uns davon ansprechen lassen. Dazu möchte diese Arbeitshilfe einladen.

Das diesjährige Thema des Weltfriedenstages „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ rückt eines der zentralen Motive christlicher Friedensethik in den Mittelpunkt. Die christliche Botschaft ist von allem Anfang an gewaltkritisch gewesen, auch wenn kirchliche Verkündigung und Praxis diesen Impuls Jesu nicht zu allen Zeiten genügend wirksam gemacht haben mögen. Aber nach den Gewaltexzessen, die bis in unsere Zeit hinein fort dauern, sollten alle erkennen können: Selbst die von ihren Zielen her gerechtfertigte, selbst die als „ultima ratio“ möglicherweise unumgängliche Anwendung von Gewalt ist ein Übel. Denn über Zerstörung und Tod hinaus prägt sie die Einzelnen wie die Völker auf lange Frist.

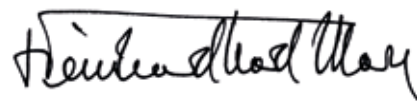
Und gerade so gebiert Gewalt immer neue Gewalt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist das Ziel und das Programm einer Politik der Gewaltfreiheit. Auf allen Ebenen – im lokalen, nationalen und globalen Kontext – ist eine solche Politik deshalb gefordert. Es geht darum, die Gewaltverhältnisse und die ungerechten Strukturen, die Gewalt hervorrufen können, auszutrocknen, Schritt für Schritt und immer neu.

Unser Glaube treibt uns dabei an. Er ermutigt, – wie die deutschen Bischöfe in ihrem Wort „Gerechter Friede“ (2000) gesagt haben – „innerhalb der herrschenden Ordnung Vorgriffe auf den messianischen Frieden zu wagen und auf diese Weise die Welt vernünftiger und menschlicher zu gestalten“ (Nr. 56). Die so verstandene christlich inspirierte Gewaltlosigkeit ist also gerade nichts für Träumer. Wir Christen sind Realisten. Wir wissen darum, dass der Wirklichkeit immer auch die Merkmale der „gefallenen Welt“ eingepreßt sind. Aber als in Christus erlöste Menschen dürfen wir nicht davon ablassen, das individuelle und (welt-)gesellschaftliche Leben den Maßstäben der Gewaltlosigkeit Jesu anzunähern.

Die einzelnen Beiträge dieser Ausgabe beleuchten verschiedene Aspekte dieses Gedankens in systematischer und biblisch-theologischer Weise. Sie zeigen auch Beispiele gewaltlosen Friedensengagements auf und ermutigen so dazu, uns der Sorge um unser Gemeinwesen anzunehmen, aktiv zu werden und unsere Welt zum Wohle aller, besonders der Schwächsten, mitzugestalten.

Ich wünsche uns allen, dass Gewaltlosigkeit als Stil einer Politik für den Frieden an Bedeutung gewinnt. Es gibt auf der Welt eine große Sehnsucht nach Frieden. Sie verbindet uns mit zahllosen Menschen auf diesem Planeten. Ins Herz gelegt hat sie uns der, den wir im Gebet unseren Vater nennen und im Glauben als Vater aller Menschen bekennen. Machen wir diese Sehnsucht nach Frieden fruchtbar!

Bonn/München, im November 2016



Reinhard Kardinal Marx



*Reinhard Kardinal Marx,
Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz*

50 Jahre Welttag des Friedens der katholischen Kirche

(K)eine Erfolgsgeschichte?

von Prof. Dr. Ulrich Ruh

Der vor 50 Jahren von Papst Paul VI. eingeführte „Welttag des Friedens“ am 1. Januar hat bis heute seinen Platz im katholischen Normalbewusstsein jedenfalls in Deutschland nicht gefunden. Das hat vermutlich damit zu tun, dass das Neujahrsfest ohnehin im Schatten der Weihnachtsfeierstage beziehungsweise des Heiligen Abends mit seinen Krippenfeiern und Christmetten steht und lässt sich deshalb nicht als Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber der Friedensthematik deuten. Aber von einer „Erfolgsgeschichte“ kann man beim Welttag des Friedens kaum sprechen; in der Regel findet er höchstens beiläufig Erwähnung. Gerade deshalb kann ein Blick in seine Geschichte lohnend sein.

Frieden als Thema für alle

In seiner Botschaft zum ersten Welttag des Friedens sprach der Papst davon, der Vorschlag, den ersten Tag des Jahres dem Frieden zu widmen, richte sich nicht nur an die Katholiken. Er zielt vielmehr auf die Unterstützung durch alle „wahren Freunde des Friedens“. Wenige Jahre zuvor war das Zweite Vatikanische Konzil zu Ende gegangen. Seine Aussagen über den Frieden in der *Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et spes)* nehmen gleich zu Anfang die Menschheit als Ganze in den Blick: „In unseren Jahren, in denen die Leiden und Ängste wütender oder drohender Kriege noch schwer auf den Menschen lasten, ist die gesamte Menschheitsfamilie in einer entscheidenden Stunde ihrer Entwicklung zur Reife angelangt“ (Nr. 77). Damit wird zweierlei deutlich: Katholische beziehungsweise christliche Friedensethik hat immer einen Bezug auf die jeweilige geschichtliche Situation mit ihren Herausforderungen. Und es geht ihr dabei nie nur um die Kirche und ihre spezifischen Aufgaben, sondern gleichzeitig auch um den Frieden als Menschheitsthema.

Papst Johannes XXIII. (1958-1963) ist vor allem durch die überraschende Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingegangen. Aber er hat auch in seinem letzten Lebensjahr, kurz nach der Kubakrise, die die Welt an den Rand eines Atomkriegs zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten führte, ein wichtiges Dokument zur Bedrohung und Förderung des Weltfriedens

veröffentlicht, die Enzyklika *Pacem in terris (Friede auf Erden)*. Die mit ihr und dann mit dem einschlägigen Kapitel der Pastoralkonstitution des Konzils (*Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft*) eingeschlagene Linie fand in den Botschaften Pauls VI. zu den Welttagen des Friedens ihre Fortsetzung.

Katholische Friedensethik

Diese Botschaften entfalteten verschiedene Grundaspekte einer katholischen Ethik des Friedens in einem umfassenden Sinn. Das reichte von der Förderung der Menschenrechte als dem Weg zum Frieden über den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit bis zur Verteidigung des Lebens als Bedingung für den Frieden. Unter dieser Überschrift schärfte er mit Nachdruck ein, jedes Verbrechen gegen das Leben sei ein Anschlag auf den Frieden, und beschäftigte sich dabei ausdrücklich und ausführlich mit dem Problem der Abtreibung. Im Jahr 1973 erinnerte Paul VI. an das Erscheinen von *Pacem in terris* vor einem Jahrzehnt. Er hoffe, dass die Erinnerung an die „große Flamme“, die Johannes XXIII. in der Welt entzündet habe, die Herzen zu neuen und kräftigeren Anstrengungen für den Frieden stärken möge. Die Botschaft zum 1. Januar 1975 stand unter dem Leitbegriff „Versöhnung“, wobei der Papst in diesem Zusammenhang das von den Vereinten Nationen ausserufene „Internationale Jahr der Frau“ erwähnte. Die Frauen seien dank ihrer Fähigkeiten in besonderer Weise Quelle der Versöhnung in Familie und Gesellschaft. Die letzte Weltfriedensbotschaft Pauls VI. für den Neujahrstag 1978 kreiste dann um den Appell „Nein zur Gewalt, Ja zum Frieden“ und



Friedensbewegung:
Bei einer Demonstration in Bonn 1982

Welttag des Friedens

Friedensauftrag
Brüderlichkeit
Krisenprävention
Religionsfreiheit
Gerechtigkeit
Abrüstung
Menschenrechte

Papst
Gewaltunterbrechung
Friedensförderung
Friedenssicherung
Gewaltlosigkeit
Vergebung

mündete in einen Passus über die Kinder, die am stärksten der Gewalt ausgesetzt seien, aber gleichzeitig die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verkörperten.

Der christliche Friedensauftrag

Das Motto für den Welttag des Friedens 1979 („Den Frieden erlangen, zum Frieden erziehen“) hatte noch Paul VI. festgelegt. Der Tag selbst fiel dann schon in das Pontifikat von Johannes Paul II., der die katholische Kirche vom Oktober 1978 bis zum April 2005 leitete und ihr in dieser langen Zeit in vieler Hinsicht seinen Stempel aufdrückte. Der Papst aus dem damaligen Ostblock setzte von Anfang an auf ein Ende des kommunistischen Systems in seinem Heimatland und darüber hinaus und engagierte sich auch in dieser Hinsicht. In sein Pontifikat fiel aber zunächst einmal die Zuspitzung des politischen und auch kirchlichen Streits nicht zuletzt in der Bundesrepublik um die „Nachrüstung“ als waffentechnische Aktualisierung des Systems der nuklearen Abschreckung im westlichen Verteidigungsbündnis.

In den Botschaften Johannes Pauls II. zu den Welttagen des Friedens in jenen kritischen Jahren wurde das Thema Nachrüstung beziehungsweise nukleare Abschreckung nicht direkt angesprochen. Friedensethische Anstöße kamen seinerzeit vor allem von nationalen Bischofskonferenzen in Europa und den USA, die fast zu gleicher Zeit Friedensworte oder Friedenshirtenbriefe veröffentlichten. Die größte Beachtung fanden dabei mit Recht zum einen der umfangreiche Hirtenbrief der US-Bischöfe mit dem Titel *Die Herausforderung des Friedens: Die Zusage Gottes und unsere Antwort*, der im Mai 1983 veröffentlicht wurde, zum anderen das kurz vorher von der Deutschen Bischofskonferenz vorgelegte „Wort zum Frieden“ unter der programmatischen Überschrift *Gerechtigkeit schafft Frieden*; aus der Reihe: Die deutschen Bischöfe Nr. 48 (Bonn 1983).

Spannungen im Kontext des Kalten Krieges

Der besonderen Stellung und Verantwortung der USA als nuklear gerüsteter Supermacht entsprechend, widmeten sich die amerikanischen Bischöfe in ihrem Hirtenbrief auch Einzelfragen der nuklearen Bewaffnung und Abschreckung. Vergleichbares fand sich im deutschen Friedenswort nicht. Dafür lieferten die deutschen Bischöfe eine hilfreiche Darstellung der christlichen Friedensethik am Ende des 20. Jahrhunderts, die in ihrer Gründlichkeit ihresgleichen sucht. „Gerechtigkeit schafft Frieden“ entfaltet das biblische Friedensverständnis und zeichnet den Weg der kirchlichen Lehre von Krieg und Frieden im Lauf der Geschichte nach. Vor diesem Hintergrund wird der umfassende christliche Friedensauftrag in seinen verschiedenen Aspekten („Friedensförderung“, „Friedenssicherung“, „Friedenshoffnung“) beschrieben. Die nukleare Abschreckung wird dabei unter strengen Bedingungen als sittlich gerechtfertigt erklärt. Allerdings mussten die Bischöfe einräumen: „Auch die Beachtung dieser Kriterien bietet keine absolute Gewähr dafür, dass Abschreckung verlässlich den Krieg verhütet.“ Eine größere Zerreißprobe in der Nachrüstungsfrage blieb der katholischen Kirche in Deutschland anders als ihrer evangelischen Schwesterkirche in jenen Jahren erspart.

Mit ihrem zweiten Friedenswort von 2000 (*Gerechter Friede!*) reagierten die deutschen Bischöfe dann auf die durch die „Wende“ von 1989/90 grundlegend veränderte Situation in Europa ebenso wie auf die kriegerischen Auseinandersetzungen, die die Auflösung des ehemaligen Jugoslawien in den frühen 90er Jahren begleitet hatten. Sie befassten sich deshalb ausdrücklich mit der Problematik bewaffneter Interventionen und betonten: „Jede militärische Intervention muss mit einer politischen Perspektive verbunden sein, die grundsätzlich mehr beinhaltet als die Rückkehr zum status quo ante. Denn es reicht nicht aus, aktuelles Unrecht zu beheben. Es geht darum, es auf Dauer zu verhindern“ (Nr. 159).

1 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Gerechter Friede. Die deutschen Bischöfe Nr. 66 (Bonn 2000).

Religionsfreiheit als Bedingung für den Frieden

Die Botschaften Johannes Pauls II. zu den Welttagen des Friedens in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts galten vor allem Grundfragen des christlichen Friedensverständnisses, so der Wahrheit als Kraft des Friedens, der Achtung der Freiheit als Dienst am Frieden oder dem Dialog für den Frieden als Herausforderung. Mit besonderem Nachdruck machte er auf die Bedeutung der Religionsfreiheit als Bedingung für den Frieden aufmerksam; diesem Thema widmete er seine Botschaft zum Welttag des Friedens am 1. Januar 1988. Das Recht auf Religionsfreiheit, so der Papst seinerzeit, sei ein Bezugspunkt für die anderen Grundrechte und werde in gewisser Weise zum Maßstab für sie. Mit seiner Botschaft zu Neujahr 1992 erinnerte Johannes Paul II. an das fünf- undzwanzigjährige Jubiläum der Welttage des Friedens. Aus diesem Anlass wandte er sich an die Anhänger der verschiedenen Religionen und wies darauf hin, dass die religiöse Dimension dazu ermutige, sich umso intensiver für den Aufbau einer wohlgeordneten Gesellschaft einzusetzen, in der der Friede herrsche. Die Kirche sei davon überzeugt, dass im Interesse der Förderung des Friedens die Zusammenarbeit mit den Anhängern anderer Konfessionen und Religionen ausgebaut werden könne.

Notwendigkeit der Vergebung

In die letzten Jahre des Pontifikats Johannes Pauls II. fiel der Schock des 11. September 2001, als muslimische Terroristen durch Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington Tausende von Unschuldigen mit in den Tod rissen. Noch in seiner Botschaft zum Welttag des Friedens am 1. Januar 2001 hatte der Papst vom „Dialog zwischen den Kulturen zugunsten einer Zivilisation der Liebe und des Friedens“ gesprochen. Ein Jahr später handelte sie bei gleicher Gelegenheit vom internationalen Terrorismus und dem durch ihn bewirkten neuen Ausmaß an Gewalt. Der Papst bekräftigte das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Terrorismus und betonte gleichzeitig die Notwendigkeit der Vergebung: „Die Fähigkeit zur Vergebung bildet die eigentliche Grundlage für eine durch Gerechtigkeit und Solidarität geprägte zukünftige Gesellschaft.“ Seine letzte Weltfriedensbotschaft blieb auf dieser Linie und stand unter der Überschrift „Lass' dich nicht vom Bösen überwältigen, sondern besiege das Böse durch das Gute“. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die notwendige Orientierung am Gemeinwohl.

Kardinal Joseph Ratzinger, langjähriger Präfekt der Glaubenskongregation unter Johannes Paul II., wurde 2005 nicht ganz überraschend sein Nachfolger im Papstamt. Er wählte den Namen Benedikt; der letzte Papst mit diesem Namen hatte von 1914 bis 1922 amtiert und sich vor allem durch seine intensiven, wenn auch vergeblichen Friedensbemühungen während des Ersten Weltkriegs profiliert. Benedikt XVI., seit Jahrzehnten ein ausgewiesener Theologe, war nicht im selben Maß wie Johannes Paul II. ein „politischer“ Papst. Seine Botschaften zu den Welttagen des Friedens griffen teilweise Themen auf, die ihm schon vor der Wahl zum Papst besonders

am Herzen lagen. Das gilt etwa für „In der Wahrheit liegt der Friede“ (Thema für den 1. Januar 2006). Hier geißelte Benedikt XVI. sowohl Nihilismus als auch Fundamentalismus in ihrem Verhältnis zur Wahrheit: „Die Nihilisten leugnen die Existenz jeglicher Wahrheit, die Fundamentalisten erheben den Anspruch, sie mit Gewalt aufzwingen zu können.“ Zum Welttag des Friedens 2011 widmete er sich in seiner Botschaft dann der schon von seinem Vorgänger deutlich akzentuierten Frage der Religionsfreiheit. Er verurteilte dabei alle Formen von Religionsfeindlichkeit, „die die öffentliche Rolle der Gläubigen im zivilen und politischen Leben begrenzen“ und plädierte als Gegenmodell für eine „positive Laizität“ des Staates.

Umdenken in der Wirtschaft – Wandel der Lebensstile

Der Welttag des Friedens 2014 war der erste, der in das Pontifikat von Papst Franziskus fiel. In seiner diesbezüglichen Botschaft unter dem Thema „Brüderlichkeit – Fundament und Weg des Friedens“ sprach der Papst aus Lateinamerika unter anderem von der Armut und Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung und forderte eine Wiederentdeckung der Brüderlichkeit in der Wirtschaft. Das Aufeinanderfolgen der Wirtschaftskrisen müsse zu einem angemessenen Überdenken der wirtschaftlichen Entwicklungsmodelle und zu einem Wandel der Lebensstile führen. Franziskus ist bekanntlich ein Mitglied des „Vereins für deutliche Aussprache“ und scheut auch vor drastischen Formulierungen nicht zurück. Das zeigte sich etwa in der Botschaft zum Welttag des Friedens 2016, in der der Papst das Stichwort „dritter Weltkrieg auf Raten“ aufgriff, um die Kriege und terroristischen Aktionen des zurückliegenden Jahres zu charakterisieren.

Umfassender Friedensauftrag und Bekenntnis zur Gewaltminderung

Beim Rückblick auf fünfzig Jahre „Welttag des Friedens“ zeigt sich ein hohes Maß an Kontinuität im kirchlichen Sprechen und Argumentieren. Es ist ein breites Themenspektrum aufgegriffen worden, wobei sich die Verbindung zum eigentlichen Anliegen nicht immer in gleicher Weise aufdrängte. Leitend waren aber immer ein umfassendes Verständnis des christlichen Friedensauftrags und ein klares Bekenntnis zur Gewaltminderung. „Tage“ zu einem bestimmten Thema, von denen es inzwischen in Kirche und Welt viele, vielleicht schon zu viele gibt, werden nicht selten zu wenig geliebten Pflichtveranstaltungen. Der „Welttag des Friedens“ ist sicher mehr oder sollte es doch zumindest sein.

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Ruh war bis 2014 Chefredakteur der theologischen Fachzeitschrift Herder Korrespondenz. Seit 2015 ist er Honorarprofessor an der Theologischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Strukturelle Gewalt gewaltlos überwinden

Ethische Grundlagen einer globalen Friedensordnung

von Prof. Dr. Thomas Hoppe



Das Werk „Non Violence“ des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd ist eine Skulptur, die als Friedenssymbol seit 1988 vor dem Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York steht.

Gewaltlosigkeit als Handlungskonzept kann grundsätzlich in zwei Dimensionen zur Wirkung kommen: zum einen auf individueller Ebene, zum anderen in der Gestaltung rechtlicher, sozialer und politischer Strukturen, also in institutioneller Form. Dabei kann die individuell praktizierte Gewaltlosigkeit zum Ausgangspunkt für die Umbildung von gewalthaltigen Verhältnissen auf gesellschaftlicher Ebene werden. Dies gelingt insbesondere dann, wenn sich die Grundhaltung der Gewaltlosigkeit in eine zielgerichtete Handlungsstrategie ausformt. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür stellt die Vorgehensweise Mahatma Gandhis und seiner Anhänger bei der Überwindung der britischen Kolonialherrschaft in Indien ohne den Rückgriff auf Gewalt dar.

Alternativen zur Gewalt

Der politisch-institutionelle Pazifismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts ging von einem ähnlichen Gedanken aus: Internationaler Friede sollte durch die Ausarbeitung eines Regelwerks völkerrechtlicher Normen erreicht werden, das zwischenstaatliche Konflikte auf dem Verhandlungsweg lösbar macht. So sollte eine Alternative zum Rückgriff auf gewaltförmige Mittel eröffnet werden. Der Grundgedanke war freilich viel älter als die Bewegung, die ihn nun politisch stark zu machen versuchte. Verhandlungen und die Orientierung an rechtlichen Normen, die auch die Interessen des machtpolitisch Unterlegenen wenigstens ein Stück weit wahren konnten, galten schon den Autoren der Antike als der Weg, den beschreiten zu können wahre Staatskunst ausmachte. Sie warnten vor der Versuchung, die Suche nach ei-

nem Ausgleich durch die gewaltsame Durchsetzung eigener Interessen zu ersetzen. Dies zum einen wegen der Übel, die eine solche Anwendung organisierter Gewalt unvermeidlich mit sich brachte. Zum anderen aber auch, weil man sich durch die Absage an den Versuch, einen Konflikt friedlich zu lösen, ins Unrecht setzte. Der Nachweis machtpolitischen Obsiegens allein genügte nicht, um für das eigene Vorgehen auch in den Augen der anderen Betroffenen die erforderliche Legitimität erwachsen zu lassen. Vielmehr galt das Bemühen, nach Möglichkeit einen Weg zu suchen, der die Anwendung von Gewalt vermeiden ließ, als Kriterium dafür, ob sich staatliche Akteure als Förderer oder aber als Blockierer einer wenigstens rudimentären Friedensordnung betrachten ließen.

Erweiterung der politischen Möglichkeiten

Dass die politischen Möglichkeiten erweitert werden mussten, eine Politik der internationalen Friedenssicherung mit einiger Aussicht auf Erfolg verfolgen zu können, drängte sich nach den Verheerungen des Ersten, noch mehr aber des Zweiten Weltkriegs geradezu auf. Die Ordnung des Völkerbunds nach 1919 wie das System der Vereinten Nationen



Aheam Ahmad ist palästinensisch-syrischer Abstammung und erlangte internationale Bekanntheit als „Pianist in den Trümmern“ während des Bürgerkriegs in Syrien. Inzwischen lebt Ahmad als Flüchtling in Deutschland.

seit 1945 versuchten, eine Antwort auf diese Herausforderung zu geben. In beiden Konzeptionen suchte man jeweils die Konsequenzen aus Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der gerade stattgefundenen Katastrophe zu ziehen. Dabei stellt die Charta der Vereinten Nationen schon in ihrer Präambel den inneren Zusammenhang zwischen internationaler Friedenssicherung und den Bedingungen her, unter denen Menschen innerhalb staatlicher Grenzen leben müssen: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges

zu bewahren ..., unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit ... erneut zu bekräftigen ...“. Das Bemühen um einen dauerhaften Frieden kann nur Erfolg haben, wenn es diese Voraussetzungen mitdenkt: Friedenspolitik soll sicherstellen, dass Menschen ohne fremde Gewalteinwirkung leben können – aber das ist nur dann für sie von Wert, wenn an die Stelle fremder Gewalt nicht nur die des eigenen Staates tritt, die ihr Leben unter ständiger Bedrohung hält und in vielen Fällen zerstört. Ihre Würde muss gegen die vielfältigen Formen geschützt werden, in denen man sie gefährden und untergraben kann; ihre grundlegenden Rechte müssen deswegen Respekt erfahren, der durch entsprechende Garantien abgesichert wird und notfalls eingeklagt werden kann. Die innere Friedensfähigkeit einer Gesellschaft, die den ihren Bürgern geschuldeten Respekt als Personen, das heißt nicht als Objekten von Fremdbestimmung, sondern als Subjekten mit unverfügbaren Freiheitsrechten auch institutionell und strukturell sicherstellt, und die nach außen hin wirkende Friedensfähigkeit der von ihr betriebenen Politik stehen in einem unlöslichen Zusammenhang.

Dies ist eine Erkenntnis, der in einer Zeit, in der autoritäre Politikkonzepte wieder an Resonanz gewinnen, besondere Bedeutung zukommt. In ihrer großen Abhandlung „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ hat Hannah Arendt vor Jahrzehnten in eindringlicher Weise das Wesen politischer Systeme analysiert, in denen ideologische Zielsetzungen unterschiedlicher Art verfolgt, nicht aber Würde und Rechte des Menschen geschützt werden. Auf diese Weise werden inhumane, von Gewalt nach innen wie nach außen geprägte Strukturen fast notwendig erzeugt. Die Frage danach, worin ideologische Denkformen wurzeln und wie sie sich ohne Rückgriff auf Gewaltmittel überwinden lassen, beschäftigte den Sozialphilosophen Karl R. Popper in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“. Man spürt in diesen Texten das tiefe Erschrecken über die Grenzenlosigkeit menschlicher Gewaltmöglichkeiten und die existenzielle Besorgnis angesichts der beständigen Gefahr, dass ihnen in neuen Formen wieder zum Durchbruch verholfen wird. Darin liegt gerade heute ihre Aktualität.

Innerer Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit

Strukturelle Gewalt herrscht jedoch auch dort, wo Menschen das ihnen zum Leben Notwendige vorenthalten wird, wo ihre grundlegenden Existenzbedingungen nicht erfüllt sind. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 spricht von der Freiheit von Furcht, aber auch von Not als den Zielen, die in einer Welt zu verwirklichen seien, die ein Leben in Würde zu einer Erfahrung für jeden in ihr Lebenden zu machen sucht. Menschen aus Armut und Not zu befreien, ist eine zentrale Aufgabe unter dem Gesichtspunkt, eine Welt entstehen zu lassen, in der ein Mehr an Gerechtigkeit herrscht. Auf den inneren Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit weisen schon die biblischen Schriften an zahlreichen Stellen hin. Humani-

täres Engagement zur Linderung unmittelbarer Not ist so gesehen auch ein unmittelbar friedensdienliches Handeln. Doch um der Gerechtigkeit willen bedarf es darüber hinaus solcher innerstaatlicher und internationaler Strukturen, die dem Fortdauern oder gar dem erneuten Entstehen von Verhältnissen demütigender Abhängigkeit und Verelendung vorbeugen: guter Formen der Regierungsführung in den einzelnen Staaten, aber auch gerechter Verträge und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten, die Kooperation zu wechselseitigem Vorteil ermöglichen, ohne dabei einzelne Staaten oder Staatengruppen unangemessen zu begünstigen. Zwar begegnet uns heute Skepsis gegenüber manchen Formen herkömmlicher Entwicklungshilfe; stattdessen setzt man auf eine gesteigerte Eigenverantwortung der Empfängerländer internationaler Unterstützung. Doch gerade dann kommt es auf geeignete Rahmenbedingungen besonders an, unter denen solche Verantwortung wahrgenommen werden und zu einer allmählichen Besserung der Lebensverhältnisse gerade für die am schlechtesten gestellten Mitglieder der Bevölkerung eines Landes führen kann.

Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft

Die Überwindung struktureller Gewalt bedarf damit ihrerseits geeigneter Strukturen und Institutionalisierungen, die Gewaltverhältnisse beenden und ihrer Wiedererstehung vorbeugen können. Es gibt jedoch Situationen, in denen die unverzichtbare Beendigung akuter Gewaltzustände an die Grenzen dessen führt, was in gegebenen Strukturen möglich erscheint. Konflikte der jüngsten Vergangenheit, aktuell die Entwicklungen in Syrien und im Irak, sind Beispiele dafür: Wie ist zu handeln, wenn im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dem die Autorität zur Entscheidung über ein internationales Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung zukäme, keine entsprechenden Beschlüsse zustande kommen? Lässt es sich rechtfertigen, die Entwicklung vor Ort den Eigenlogiken der Konfliktdynamik zu überlassen? Am Ende seiner Amtszeit prangerte der vormalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in scharfen Worten an, dass die Bemühungen der Staatengemeinschaft, das Morden in Syrien zu stoppen, bislang völlig unzulänglich seien. Dabei hatten sich die Vereinten Nationen im Jahr 2005 zu dem Grundsatz bekannt, dass es eine Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft (responsibility to protect) gebe, wenn ein einzelner Staat seine Bürger vor organisierter Gewalt nicht schützen kann, vor allem wenn sie von der Staatsführung selbst ausgeht. Das Konzept einer solchen Schutzverantwortung betont dabei zugleich die Bedeutung der Prävention, also eines Handelns, das Gewaltverhältnissen zuvorkommt, und zwar auf gewaltlose Weise; nur für extreme Fälle wird auch bewaffnetes Eingreifen nicht ausgeschlossen. Kritiker verweisen oft auf die Fehler und Unzulänglichkeiten, mit denen Interventionen behaftet sind, die in den vergangenen Jahren in der Logik des Konzepts der Schutzverantwortung unternommen wurden. Aber die ethische Forderung, dass man Menschen, die sich in großer Zahl in lebensbedrohlicher Lage befinden, nicht ohne Hilfe lassen darf, wenn man selbst zu helfen vermag, wird durch den Hinweis auf



In Maiduguri, Nigeria: Macheten, Knüppel und Riemen, die als Waffen in einem Rollenspiel zur Gewalt-Deeskalation verwendet wurden, sind zu einem Kreuz auf den Boden gelegt.

fehlerhafte Umsetzung in der Vergangenheit nicht hingällig. Sie verlangt stattdessen, konzeptionell wie strukturell Vorsorge dagegen zu treffen, dass ähnliche Fehler auch künftig gemacht werden.

Der Versuch, strukturelle Gewalt auf gewaltlosem Weg zu überwinden, sieht sich daher nicht nur mit den hier bestehenden Möglichkeiten, sondern auch mit deren Grenzen konfrontiert. Umso mehr wird es darum gehen müssen, diese Grenzen hinauszuschieben, die Chancen gewaltfreien Handelns, gerade im politischen Bereich, zu erweitern und zu entfalten. Die Botschaft des Papstes zum Welttag des Friedens erinnert daran, dass das hier Mögliche und Notwendige längst nicht ausgeschöpft ist.

Prof. Dr. Thomas Hoppe ist Professor für Katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und der Sozialethik an der bn Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Gewaltlosigkeit und Menschenrechte

Die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren

von Bischof Dr. Stephan Ackermann

Menschenrechte und Gewaltprävention sind aufeinander bezogen

Der Schutz der individuellen Menschenwürde ist Ausgangspunkt und Grundlegung der Menschenrechte. Für die Christen ist der Mensch als Abbild Gottes mit unveräußerlicher Würde begabt. Die Menschenrechte sind der immer un abgeschlossene Versuch, diese Würde des Menschen in einem rechtlichen Rahmen abzusichern. Der Schutz der Menschenwürde ist aber nicht nur Ziel- und Angelpunkt der Menschenrechte, sondern steht auch am Beginn unseres Grundgesetzes.

Weil sich Gesellschaften permanent verändern und neue Aufgaben und Fragen entstehen, wird um die angemessene Sicherung der Menschenwürde immer wieder neu gerungen. Deswegen wird auch die Formulierung der Menschenrechte nie abgeschlossen sein können. Werden sie auf einen festen Bestand an Paragraphen reduziert, missversteht man die Menschenrechte und verliert ihr Ziel aus dem Blick.

Die Enzyklika *Pacem in Terris* hat bereits vor 50 Jahren davor gewarnt, den Respekt vor der Menschenwürde durch Verweise auf größere und vermeintlich wichtigere Allgemeininteressen zu relativieren.¹ Auch das klingt gegenwärtig wieder vertraut, wenn etwa mit dem Argument, den Sicherheitsinteressen Vorrang zu geben, Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Innerstaatliche Sicherheit wird aber dauerhaft nicht zu gewährleisten sein durch weniger Menschenrechtsschutz. Freiheit und Sicherheit sind einander nicht entgegengesetzt, sondern wechselseitig aufeinander bezogen. „Erst in der Bindung an die Freiheitsrechte gewinnt das staatliche Gewaltmonopol rechtsstaatliche Qualität“², schrieben wir Bischöfe, als wir im Jahr 2011 auf Herausforderungen des Terrorismus reagierten.

Sicherheit als eigener Rechtsanspruch kommt in den Menschenrechten nicht vor. Vielmehr besteht die Aufgabe des Staates darin, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen Menschen sich in Sicherheit frei entfalten können. Sicherheit ist eben kein abstraktes Rechtsgut, sondern immer konkreten Rechten zugeordnet. Ohne menschenrechtliche Rückbindung droht Sicherheitsbedürfnis in Willkür umzuschlagen.

¹ Vgl. *Justitia et Pax* (Hg.): *Menschenwürde. Impulse zum Geltungsanspruch der Menschenrechte* (Bonn 2013), S. 10.

² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Terrorismus als ethische Herausforderung. Menschenwürde und Menschenrechte. Die deutschen Bischöfe Nr. 94* (Bonn 2011), S. 38.



Vielfach verletzt: die Menschenwürde

Natürlich werden immer wieder konkrete Konflikte zwischen Freiheitsansprüchen und Sicherheitsinteressen auftreten. Doch der Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er jedem Einzelnen unabhängig von Religion oder ethnischer Herkunft Klagemöglichkeiten gegen Freiheitseinschränkungen eröffnet. Es braucht die Perspektive, rechtlich wirksam gegen Einschränkungen vorgehen zu können, um dem Weg gewaltfreier Konfliktlösung bei gegensätzlichen Interessen zu vertrauen.

Darum sind politische Statements, die hierzulande das Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaats untergraben, so gefährlich. Wenn behauptet wird, der Staat drohe im Chaos zu versinken oder würde in Willkür von scheinheiligen Eliten gelenkt, ist das ein Angriff auf die Fundamente unserer Staatsordnung. Denn es wird behauptet, dass der Kern unseres Staatssystems nicht mehr funktioniere – ein Aushandeln und Ausgleichen berechtigter Ansprüche nicht mehr möglich sei. Damit fällt die Voraussetzung weg, auf der unser Staatswesen beruht: dem Vertrauen darauf, dass die Menschenrechte und mit ihnen der bestmögliche Schutz der Würde der Person, bei allem notwendigen Ausgleich teils widerstreitender Interessen, die Ziele der Politik ausmachen.

In unserem Interesse liegt es, die Kraft des Rechts, die Orientierung an Menschenrechten und Menschenwürde als große Leistung anzuerkennen, die nicht zuletzt Voraussetzung dafür ist, Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt zu lösen.

Systematische Negierung der Menschenrechte: Indikator für Zunahme von Gewalt

Die Erfahrungen unserer Partner in der Weltkirche zeigen allzu oft, wie die fehlende Bindung des Staates an Recht und Menschenrechte Entwicklung behindert, ja sogar zum Auslöser von Konflikt und Krieg werden kann.

Wir kennen Staaten, die trotz straffer autoritärer Führung und mangelnder Rechtssicherheit scheinbar erfolgreich sind, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Doch überdeckt das oft die zahlreichen Auseinandersetzungen im Kleinen. Menschen, die ihr Leben selbstbestimmt führen wollen, sind in autoritären Staaten nicht selten heftigen persönlichen Angriffen ausgesetzt. Oft wird jede Art von nicht genehmigter Artikulation eigener Interessen oder religiöser Überzeugung brutal bekämpft, weil Selbstständigkeit als Revolte und Angriff auf die Grundfesten des autoritären Staates verstanden wird.

Doch auch staatliche Ignoranz für die Durchsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten kann sich als Gewalt äußern. Etwa dann, wenn Arme durch Benachteiligung beim Zugang zu Wasser, zu Gesundheitsversorgung, zu Bildungschancen oder zu Erwerbsarbeit die fehlenden Möglichkeiten persönlicher Entfaltung als strukturelle Gewalt erleben. Ein Rechtsstaat hingegen, der Ausgeschlossenen und Benachteiligten Klagemöglichkeiten gegen die Verletzung ihrer Rechte einräumt und die Klagen ernst nimmt, kann Frust abfangen und gewaltfreie Proteste kanalisieren. Dort, wo dies nicht geschieht, wird die Gefahr von Gewaltausbrüchen immer präsent sein.

Die Lage der Menschenrechte, vor allem die systematische Vorenthaltung von Menschenrechten durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit und unzureichende Aufmerksamkeit für den Schutz der Menschenwürde können zum Anzeiger für die Verschärfung von gesellschaftlichen Spannungen werden. Steigende systematische Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung kann als Indikator gelesen werden, durch den die Situation in einem Land erhöhte internationale Aufmerksamkeit verdient. Wird Diskriminierung kombiniert mit öffentlich vorgetragener Abwertung von Bevölkerungsgruppen, so deutet das auf eine sich verschärfende Lage, die gezielte Anstrengungen für eine Deeskalation erforderlich macht.

„Das Völkerrecht: Ein Weg zum Frieden“³

Unter dieses Leitwort hatte der heilige Papst Johannes Paul II. den Welttag des Friedens des Jahres 2004 gestellt. Dieses Leitwort, formuliert vor dem Hintergrund des Krieges gegen den Irak, ist von erschreckender Aktualität. Es ist daran festzuhalten: Das Völkerrecht hält die Mittel bereit, auftretende Konflikte zwischen den Staaten zu lösen. Wir dürfen nicht nachlassen, die Gültigkeit des Völkerrechts und seiner Mechanismen zu unter-

streichen. Gerade die unerträgliche Lähmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen lässt heute das UN-System zynisch und blind gegenüber dem tausendfachen Leid der Menschen erscheinen. Doch gibt es keine Alternative, als Dialoge zu suchen, um auf ein Ende von Kampfhandlungen zu drängen.

Das Völkerrecht muss in den Beziehungen zwischen den Staaten den Rahmen setzen, der die Grenzen legitimen zwischenstaatlichen Handelns bestimmt. Steht derzeit die Konjunktur für das Völkerrecht schlecht, so darf die Antwort nicht die Rückkehr zum Recht des Stärkeren sein. Vielmehr ist alle Kraft darauf zu richten, dem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen. Was für die Kraft des Rechtes, die Rückbindung an die Menschenrechte im nationalen Rahmen gilt, ist ebenso richtig für das Völkerrecht und das ihm eingeschriebene Friedensgebot. Die Erfahrungen der Weltkriege des 20. Jahrhunderts haben den Menschen gezeigt, dass freies Aushandeln von Machtbalancen zwischen Großmächten keine rechtliche Friedensgarantie zu ersetzen vermag.

Die internationale Gemeinschaft hat in Weiterentwicklung des Völkerrechts in den letzten Jahren das Konzept der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die Verhinderung von schwersten und systematischen Menschenrechtsverletzungen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erarbeitet. Nie wieder dürfe, so der Vorsatz, die internationale Gemeinschaft einem Völkermord tatenlos zusehen. Das mag aus gegenwärtiger Sicht wie eine Illusion erscheinen, und dennoch steckt in diesem Konzept ein Potential, so die Überzeugung von *Justitia et Pax*, das bei Weitem noch nicht hinreichend wahrgenommen und ausgeschöpft wird.⁴

Viel wird seitdem über die militärischen Aspekte des Konzepts diskutiert. Weniger im Blick sind die zivilen Mittel der Konfliktnachsorge (*responsibility to rebuild*) und der Konfliktprävention (*responsibility to prevent*). Der zuletzt genannte Auftrag, der zeitlich allen anderen vorgelagert sein muss, sollte nicht nur wesentlich mehr politische Aufmerksamkeit bekommen – international, aber auch in der Außenpolitik unseres Landes.

Mit dem Auftrag zur Konfliktprävention als Teil des Völkerrechts schließt sich der Kreis zur eingangs beschriebenen Verpflichtung des Staats auf die Menschenwürde. Die Durchsetzung der Menschenrechte dient nicht nur der Gewaltminimierung innerhalb der Staaten. Umgekehrt ist die systematische Behinderung von Menschen, ihre eigene Würde erleben und erfahren zu können, ein Anzeiger für steigende Gewaltpotentiale, die auch ein Handeln internationaler Akteure notwendig werden lassen kann, um den Ausbruch von Gewalt zu verhindern.

Bischof Dr. Stephan Ackermann ist Bischof von Trier und Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

3 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): „Das Völkerrecht: ein Weg zum Frieden“, Welttag des Friedens 2004. Arbeitshilfen Nr. 173 (Bonn 2003).

4 Papst Benedikt XVI. ist in seiner Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18.04.2008 entschieden für dieses Konzept der Schutzverantwortung eingetreten.

Gewaltunterbrechung

Ein biblischer Weg zum Frieden

von Prof. Dr. Ilse Müllner

Der Herr sprach zu Kain: Warum überläuft es dich heiß und warum senkt sich dein Blick? Nicht wahr, wenn du recht tust, darfst du aufblicken; wenn du nicht recht tust, lauert an der Tür die Sünde als Dämon. Auf dich hat er es abgesehen, doch du werde Herr über ihn! Hierauf sagte Kain zu seinem Bruder Abel: Gehen wir aufs Feld! Als sie auf dem Feld waren, griff Kain seinen Bruder Abel an und erschlug ihn. (Gen 4,6-8)

In der Erzählung um Kain, Abel und Gott wird die erste konkrete Sünde erzählt: Einer erschlägt seinen Bruder. Die in der Generation davor (Adam und Eva) begangene Übertretung, das Essen vom Baum der Erkenntnis, hat den Menschen das Tor zum freien Willen und damit auch zur Sünde geöffnet. Das Wort „Sünde“ aber kommt erst in Genesis 4 vor, wo es um Kains Gewalttat geht. Das Erste, was Menschen in der erzählten Geschichte der Bibel einander antun, ist die Gewalt. Sie gehört im urgeschichtlichen Entwurf der Genesis, in dem „Allmaliges als Erstmaliges“ (E. Zenger) erzählt wird, neben der Mühe bei Ackerarbeit und Geburt oder dem Machtgefälle in der Hierarchie der Geschlechter zu den Grundbedingungen menschlichen Daseins jenseits von Eden. Dass die Erde voller Gewalttat ist (vgl. Gen 6,11), bewegt Gott sogar dazu, seine Schöpfung zurückzunehmen und die Erde in der Sintflut vernichten zu wollen.

Kain hätte es noch in der Hand gehabt. Es liegt eine unendliche Kluft zwischen Vers 7, dem göttlichen Imperativ, über die Sünde zu herrschen, und Vers 8, dem Mord. Was geschieht in dieser Spanne? Wenn wir die Geschichte vorlesen, dann liegt zwischen der Gottesrede und dem Handeln Kains nur ein Atemzug. In der Welt der Erzählung ist es ein Bruch, der den gewaltfreien paradiesischen Zustand beendet und uns in die Welt entlässt, wie wir sie kennen. Der Bruch, die „Sünde“, ist im Übrigen nicht der Zorn des Kain, die Eifersucht und der Neid angesichts der ungleichen Behandlung durch Gott. „Sünde“ ist erst dort, wo Kain seinen gewalttätigen Impuls nicht zu bändigen versteht und zuschlägt. Wir erfahren nicht, was in Kain vorgeht in dieser Spanne zwischen der Ansprache Gottes, die wir als Stimme des Gewissens verstehen können, und der Gewalttat. Wir Leserinnen und Leser sind selbst aufgefordert, den Atemzug auszudehnen, den Raum zwischen diesen beiden Versen zu betreten und uns den Schattenseiten der eigenen Gewalt zu stellen.



Die Bibel schreibt Verlierergeschichte

Diesen vielleicht größten Schatten der Menschheitsgeschichte erspart uns die Bibel nicht. Es gibt kein menschliches Thema, das sie so intensiv und perspektivenreich behandelt wie die Frage nach der Gewalt. Mit dem ersten Mord der Urgeschichte und der Ignoranz gegenüber dem Blut des Bruders ist dem weiteren Blutvergießen Tür und Tor geöffnet. Die biblischen Erzählungen, Rechtstexte und prophetischen Schriften ebenso wie die Poesie der Psalmen legen den Blick frei auf eine antike Welt, in der kriegerische Gewalt und soziale Ausbeutung, die ebenso lebensbedrohlich sein kann, zur Alltagserfahrung der Menschen gehörten. Ob die Rosse und Streitwagen der Ägypter, die stampfenden Heere der Assyrer, die Kriegsmaschine der Griechen oder die Besatzungsmacht der Römer: Israel und Juda gehörten stets zu den Unterlegenen in den Machtspielen altorientalischer Potentaten. Ihre Erfahrungen sind nicht die der Sieger, und so schreibt die Bibel Verlierergeschichte und hindert damit auch uns Nachfolgende daran, in die Fußstapfen von Siegern zu treten.

Nicht immer ist die Ohnmacht, der Israel und Juda in ihrer Geschichte ausgesetzt waren, in der erzählten Welt sichtbar. Da wird eine identitätsstiftende Geschichte entworfen, die gegen die Angst anerkennen soll: Gott hat uns schon einmal aus Ägypten befreit und die Heere des Pharao erschlagen, er wird uns auch aus der Hand der Babylonier, der Griechen



Nach der Sintflut: die Taube mit dem Olivenzweig als Friedenssymbol



Wie willkommen sind auf den Bergen die Schritte des Freudenboten, der Frieden ankündigt. (Jes 52,7)

oder der Römer retten. Den biblischen Theologinnen und Theologen ist bewusst, dass nicht die Menschen es sind, deren Macht Israel das Überleben sichert.

Denn deine Macht stützt sich nicht auf die große Zahl, deine Herrschaft braucht keine starken Männer, sondern du bist der Gott der Schwachen und der Helfer der Geringen; du bist der Beistand der Armen, der Beschützer der Verachteten und der Retter der Hoffnungslosen. (Jdt 9,11)

Gewalt ist im Erleben der Menschen omnipräsent. Insofern geht es nicht so sehr um Gewaltlosigkeit als um Gewaltunterbrechung. Sie liegt in der ungelebten Möglichkeit zwischen Vers 7 und Vers 8 der Kainserzählung, in Kains Nein zum gewalttätigen Impuls. Sie liegt zwischen dem Schlag auf die rechte Wange und dem Hinhalten der anderen (vgl. Mt 5,39). Gewaltunterbrechung findet auch dort statt, wo die Beter und Beterinnen der Psalmen Gott ihren Zorn, ihre Wut und ihre Rachephantasien hinhalten und damit auf die Ausübung von Gewalt verzichten.

Verwandlung der Gewalt

Gewaltunterbrechung braucht eine ganz eigene Kraft, die aus der Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde erwächst. Gewaltunterbrechung lebt aus der tiefen Verwurzelung in der Beziehung zu Gott. Es reicht nicht aus, auf Gewalt zu verzichten, sondern die Gewalt, die in dieser Welt omnipräsent und von der keine und keiner von uns frei ist, muss verwandelt werden. Auch dafür gibt es ein wunderbares biblisches Bild, das von der Verwandlung der Waffen in Werkzeuge zum Ackerbau. Gott und Menschen wirken hier zusammen, alle Anstrengungen bündeln sich. Die Völker suchen die Unterweisung durch den Gott Israels, die Tora zieht von Jerusalem aus zu den Völkern, Gott schafft Recht zwischen den Völkern. Und dann haben die Menschen die Kraft, das Kriegsgerät umzuschmieden. Niemand, der je einem Schmied bei der Arbeit zugesehen hat, würde behaupten, das wäre ein harmloser oder einfacher Prozess:

Viele Nationen machen sich auf den Weg. Sie sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn und zum Haus des Gottes Jakobs. Er zeige uns seine Wege, auf seinen Pfaden wollen wir gehen. Denn von Zion kommt die Weisung, aus Jerusalem kommt das Wort des Herrn. Er spricht Recht im Streit vieler Völker, er weist mächtige Nationen zurecht. Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg. Jeder sitzt unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum und niemand schreckt ihn auf. (Mi 4,2-4a vgl. Jes 2,4)

Prof. Dr. Ilse Müllner ist Professorin für Biblische Theologie am Institut für Katholische Theologie der Universität Kassel.

Friede ist immer möglich

Erfahrungen der Gemeinschaft Sant'Egidio

von Dr. Cesare Zucconi

„Dritter Weltkrieg auf Raten“

Die heutige Welt ist immer mehr von Gewalt und Konflikten geprägt. Wir leben in einem neuen Kontext, den Papst Franziskus sehr eindrucksvoll als „Dritten Weltkrieg auf Raten“ bezeichnet hat. Seiner festen Überzeugung nach tut die internationale Gemeinschaft nicht genug oder kann nicht genug tun. Zugleich ist die Zivilgesellschaft oft durch andere Themen abgelenkt. Man erinnere sich an den weit verbreiteten Protest während der schrecklichen Belagerung von Sarajewo in den 1990er Jahren. Was geschieht dagegen heute für Aleppo? Es soll hier nicht vollständig die leider lange Liste der Konflikte aufgeführt werden. Es sei nur auf die Spannungen in der Ukraine hingewiesen. Dieser nicht zu rechtfertigende Konflikt wird durch die Tatsache noch unverständlicher, dass sich Christen bekämpfen, die in der einen Taufe miteinander verbunden sind. Allen steht zudem die schwierige Lage in weiten Teilen der arabischen Welt vor Augen. Insbesondere sind Libyen und Syrien in einen scheinbar endlosen Tunnel geraten. Mit dem sogenannten „Islamischen Staat“ erleben wir ein neues Subjekt, das staatliche Strukturen anstrebt, offen terroristische Strategien und Methoden benutzt und dabei vorgibt, sein Modell sei exportierbar. Daneben herrschen zahlreiche Krisen im subsaharischen Afrika, mit denen sich ein guter Teil der Friedensinitiativen von Sant'Egidio beschäftigt. Leider gibt es für sie noch keine stabilen oder endgültigen Lösungen. Diese Krisen weisen auf die Zerbrechlichkeit von Staaten oder, wie im Fall von Somalia, auf gescheiterte Staaten hin. Auf diesem Kontinent ist heute das traditionelle Zusammenleben der Religionsgemeinschaften durch extremistische Bewegungen und politische und wirtschaftliche Kalküle gefährdet.

Aus Lateinamerika kommt die gute Nachricht vom Ende des langjährigen Konfliktes in Kolumbien, wo auch die Gemeinschaft Sant'Egidio viele Jahre lang für den Frieden gearbeitet hat. Das gescheiterte Referendum weist jedoch auf die Notwendigkeit des weiter intensiven Einsatzes aller für die Versöhnung im Land hin. Daneben hat sich eine Form von Gewalt im Zusammenhang mit kriminellen Organisationen wie den Drogenkartellen oder den Maras (Jugendbanden, die in vielen Regionen mörderische Gewalt verüben) ausgebreitet, die die Dimension regelrechter Konflikte erreicht hat.

Asien erlebt ebenfalls zahlreiche Spannungen. Allerdings wurden durch das Friedensabkommen für Mindanao auch Hoffnungen geweckt, die nach den Präsidentschaftswahlen

auf den Philippinen weiter gestärkt werden müssen. Hier wurde Sant'Egidio von der Mohammadiya, einer der größten islamischen Organisationen der Welt, als Mitglied in die internationale Vermittlergruppe eingeladen.

Der „Geist von Assisi“

Diese Einladung ist ein konkretes Ergebnis des interreligiösen Dialogs, den die Gemeinschaft Sant'Egidio mit den Friedenstreffen im „Geist von Assisi“ Jahr für Jahr vorangebracht hat. Ausgangspunkt dieser Treffen war das historische





Papst Franziskus beim internationalen Friedenstreffen in Assisi im September 2016

Weltfriedensgebet, zu dem Papst Johannes Paul II. 1986 nach Assisi eingeladen hatte. Dieser Geist wurde in den vergangenen 30 Jahren weitergetragen. Er hat Geschwisterlichkeit gefördert, Friedensinitiativen gestärkt, das Bewusstsein für die Verbundenheit der verschiedenen Religionen untereinander geschaffen und sich auch gegen die Instrumentalisierung der Religionen für Krieg und Terrorismus gewandt. Vom 10. bis 12. September 2017 wird dieser „Geist von Assisi“ von Neuem nach Deutschland kommen, nach Osnabrück und Münster.

In der Zeit der Globalisierung müssen sich die Menschen mit einer Welt auseinandersetzen, die komplex und erschreckend

geworden ist. Ein Gefühl der Angst breitet sich aus, die allerdings ein schlechter Ratgeber ist. Ohnmächtig müssen wir zusehen, wie viele Bilder von Gewalt und Krieg in unsere Wohnzimmer gelangen. Was tut Sant'Egidio angesichts dieser Entwicklung?

Das Engagement von Sant'Egidio

Im Juni 2014 sagte Papst Franziskus bei seinem Besuch bei der Gemeinschaft Sant'Egidio: „In einigen Ländern, die unter Krieg leiden, versucht ihr, die Hoffnung auf Frieden lebendig



Die Richtung stimmt:
auf dem Weg zum Frieden

zu erhalten. Sich für den Frieden einzusetzen zeigt keine schnellen Resultate, aber es ist eine Arbeit geduldiger Handwerker, die das Einende suchen und das Trennende beiseite legen, wie der heilige Johannes XXIII. zu sagen pflegte. (...) Geht diesen Weg weiter: Gebet, Arme und Frieden.¹ Mit rund 70.000 Mitgliedern lebt Sant'Egidio als christliche Gemeinschaft in 73 Ländern auf vier Kontinenten einen täglichen und unentgeltlichen Einsatz für Frieden und Dialog, als geduldiger und globaler „Handwerker“. Hier denke ich vor allem an die „Schulen des Friedens“, in denen überall auf der Welt Kinder und Jugendliche aller Glaubensrichtungen und Ethnien schulisch gefördert werden und gemeinsam die Schönheit des freundschaftlichen Zusammenlebens erlernen. In der Bewegung „Menschen des Friedens“ finden Immigranten aller Religionen aus vielen Ländern der Erde mit teilweise schwierigen Lebenserfahrungen die Kraft, sich ihrerseits für die Aufnahme von Fremden und für Gastfreundschaft einzusetzen. Weiter ist das Beispiel unserer Gemeinschaften in der Region der Großen Seen in Afrika zu nennen, wo Hutu und Tutsi zusammenkommen. In der Ukraine und in Russland stellen sich unsere Gemeinschaften offen der Logik des Konflikts entgegen. Nur wer die Kunst des Zusammenlebens erlernt, kann den Frieden aufbauen. Sant'Egidio unterhält verschiedene Dienste für Arme und Ausgegrenzte in den Peripherien der Welt. Von ihnen haben wir gelernt, dass der Krieg der Vater aller Armut ist. Aus dem Gebet und der Freundschaft mit den Armen und aus einer nicht resignierten Einstellung sind zahlreiche Initiativen des Dialogs für den Frieden und die Lösung von Konflikten weltweit hervorgegangen.

Der Dialog findet auch im Alltag statt: so etwa am Stadtrand von Abidjan in der Elfenbeinküste, als es zu wütenden Gewaltausbrüchen nach dem Brand einer Moschee ge-

kommen war und die Menge schon auf dem Weg war, eine Kirche anzuzünden. Auf Initiative der dortigen Gemeinschaft Sant'Egidio hielten der Imam, der katholische Pfarrer und der protestantische Pastor die Menge auf. Der Dialog wird auch auf politischer Ebene geführt: Das bekannteste Beispiel ist die Friedensvermittlung für Mosambik. In den letzten 25 Jahren haben viele weitere Akteure an unsere Tür geklopft, auf der Suche nach einer friedlichen Lösung für ihr Land oder ihr Volk, aus Guatemala, Albanien, Kosovo und vielen afrikanischen Ländern. Sant'Egidio verfügt über geringe, aber wirksame Mittel: die Treue zu bestimmten Situationen und somit die Fähigkeit, die Hoffnung aufrechtzuerhalten und darauf zu warten, dass sich neue Wege und Möglichkeiten für den Dialog auftun. In der Zentralafrikanischen Republik zum Beispiel hat die Gemeinschaft mehr als ein Jahrzehnt lang mit Geduld und Diskretion Beziehungen zu verschiedenen Akteuren des öffentlichen Lebens in diesem armen Land aufgebaut. Als dann 2013 die Krise verstärkt ausbrach, konnten dadurch mehrmals Religionsoberhäupter, politische Parteien und Vertreter bewaffneter Gruppen nach Rom eingeladen werden, um den laufenden Übergangsprozess wirksam mitzugestalten, der hoffentlich in den kommenden Monaten zu einem guten Abschluss kommt. Da wir keine Eigeninteressen verfolgen, werden wir in komplizierten Verhandlungssituationen akzeptiert. Hinzu kommt das Vertrauen auf den Menschen und auf die Möglichkeit, dass sich jeder ändern kann, wie auch die Überzeugung, dass jeder Mensch tief im Herzen eine Sehnsucht nach Frieden hegt. Oft wurden wir Zeugen einer solchen Veränderung, einer langsamen Heilung, eines Entzugs von jenem Gift für die Seele, das die Gewalt bedeutet. Friede ist immer möglich! Diese Überzeugung wird zur Erfahrung und zur Hoffnung, aus der eine tägliche Arbeit erwächst.

Dr. Cesare Zucconi ist Generalsekretär der Gemeinschaft Sant'Egidio mit Sitz in Rom.

¹ http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/june/documents/papa-francesco_20140615_comunita-sant-egidio.html.

Krieg verhüten, stabilen Frieden fördern!

Zivile Konfliktbearbeitung als Baustein deutscher Friedenspolitik

von Winfried Nachtwei, MdB a. D.

Europa war über Jahrhunderte der Kontinent der Kriege. Nach zwei Weltkriegen und Völkermord gelobten sich 1945 die Völker der Vereinten Nationen, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Präambel der UN-Charta). Das Grundgesetz bestimmte 1949, dass die Bundesrepublik Deutschland „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt dienen“ wolle. Die europäische Integration, die Versöhnung zwischen ehemaligen Kriegsgegnern und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schufen eine beispiellose Friedensentwicklung in Europa. Die deutsche Bevölkerung steht seit Jahrzehnten in ihrer ganz großen Mehrheit hinter dem Friedensauftrag des Grundgesetzes und will keinen Krieg mehr. Trotzdem: In den 1990er Jahren kehrte auf dem Balkan wieder Krieg nach Europa zurück. Verantwortliche Politik durfte da nicht wegsehen. Enorm an Bedeutung gewannen seitdem weltweit innerstaatliche Kriege, Zerfall von Staatlichkeit und eine „Privatisierung“ von Gewalt. Solche Kriege sind Fluchtursache Nr. eins. Bisherige Instrumente der Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit reichten nicht mehr aus. Von der UN beauftragte bewaffnete Friedensmissionen konnten im besten Fall einen Waffenstillstand absichern, aber keinen Frieden schaffen. Notwendig wurden zusätzlich neue Politikansätze und Instrumente der „Zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“.

Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung

Ihr Grundanliegen ist, Krieg zu verhüten, Konflikte ohne Gewalt vorrangig mit zivilen Mitteln zu bearbeiten und zu lösen, Gewalteskalationen zu verhindern und stabilen Frieden zu fördern. Dabei geht es um operative kurzfristige Gewaltprävention in Konflikten (z. B. internationale Beobachter und UN-Sonderbeauftragte) und strukturbezogene längerfristige Bekämpfung von Konfliktursachen (z. B. schlechte Regierungsführung, Minderheitendiskriminierung). Die Primärverantwortung für eine friedliche Konfliktbearbeitung liegt bei den Konfliktparteien selbst. Sie kann und sollte aber von außen erheblich unterstützt werden. Für komplexe Konflikte gibt es kein präventives „Allheilmittel“ und keine Erfolgsgarantie. Die zivile Konfliktbearbeitung kam Ende der 1990er Jahre in Ländern der EU, aber auch in der UN auf die Tagesordnung. In ihren Friedensdenkschriften von 2000 und 2007 betonten die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland den Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung



Kanadischer Pavillon auf der Expo 2000: Ein Kunstwerk aus niedergelegten Waffen und Munition

für einen „Gerechten Frieden“. Zivile Konfliktbearbeitung ist praktizierte professionelle Gewaltfreiheit.

In Deutschland wurde ein erstes Handlungsfeld die Arbeit für gesellschaftliche Entfeindung und Verständigung auf dem Balkan. Hier setzt die Initiative für den Zivilen Friedensdienst (ZFD) an, die erheblich von christlichen Friedensgruppen ausging und ab 1998 von der Bundesregierung gefördert wurde. Die ausgebildeten Fachleute des ZFD gehen nicht als Besserwisser in Konfliktgebiete, sondern unterstützen örtliche Friedenskräfte auf deren Anforderung hin. Ihre Stärke ist ihre Nähe zu den Konfliktgesellschaften mit ihren Friedensmachern, ihr langer Atem und ihre Zuversicht. Zurzeit arbeiten rund 300 Fachkräfte in knapp 40 Ländern. Seit Gründung wurden mehr als 1.100 Fachleute entsandt.

Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit

Ein zweites Handlungsfeld wurde die Bereitstellung von Zivilexperten für internationale (staatliche) Friedensmissionen von UN, OSZE und EU. Seit 2002 trainiert das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin Fachleute für Wahlbeobachtung und Missionsaufgaben wie Demokratisierung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verwaltungsaufbau, Sicherheitssektorreform, Versöhnungsarbeit. Das ZIF gilt als eine der führenden Einrichtungen dieser Art weltweit.

Als weitere neue Instrumente entstanden das Programm „zivik“ zur Unterstützung lokaler Friedensakteure, die Deutsche Stiftung Friedensforschung in Osnabrück und die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung. Krisenprävention wurde zu einem Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Gestärkt wurden deutsche Beteiligungen an Internationalen Polizeimissionen, die beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Polizei helfen sollen.

2004 beschloss das Bundeskabinett einen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, mit dem das ganze Politikfeld systematisch gestärkt werden sollte. Strategische Ansatzpunkte der zivilen Konfliktbearbeitung wurden die Förderung verlässlicher staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Friedenspotenziale sowie die Sicherung von Lebenschancen in Wirtschaft und Umwelt. Der Aktionsplan beeindruckte mit der Vielfalt an Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit oft kaum bekannt sind.

Der Aktionsplan galt in der deutschen und internationalen Fachöffentlichkeit als bedeutender Fortschritt an Friedensfähigkeit. Seine Handicaps waren aber die relative „Unsichtbarkeit“ des Politikfeldes (verhütete Gewalt sieht man nicht), die Widersprüche verschiedener Ressortpolitiken (z. B. Rüstungsexporte in Spannungsgebiete) und seine jahrelang stagnierende finanzielle und personelle Ausstattung. Die zivilen Fähigkeitsrückstände monierten auch einsatzerfahrene Offiziere immer wieder.

Neue Leitlinien „Krisenengagement und Friedensförderung“

Einen neuen Schub bekam die zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland mit dem 2010 gebildeten Unterausschuss des Bundestages zum Thema, der Häufung näher rückender Kriege und Krisen, dem Review-2014-Prozess des Auswärtigen Amtes und der Bildung der Abteilung „Stabilisierung“. Mit den neuen Leitlinien „Krisenengagement und Friedensförderung“ der Bundesregierung, die im Frühjahr 2017 den Aktionsplan ablösen sollen, soll das deutsche zivile Krisenengagement deutlich mehr Muskeln und Orientierung bekommen. Besonders dringlich sind

- die Etablierung einer integrierten Krisenfrüherkennung und früher ziviler Handlungsfähigkeit,
- die Stärkung von Konflikt-, Chancen- und Wirkungsanalyse in der Bundesregierung und in der Forschung,
- ein besseres Zusammenwirken von Ressorts und gesellschaftlichen Akteuren durch ressortgemeinsame Analyse, Planung, Ausbildung, Übung und Einsatzauswertung,
- ein planmäßiger Aufwuchs an schnell verfügbaren Zivil- und Polizeixperten (Aufholprogramm),
- die Stimmigkeit (Kohärenz) der Ressortpolitiken und die Beachtung des „do no harm“-Prinzips (Vermeidung nicht beabsichtigter schädlicher Folgen) durch alle Ressorts und Akteure,
- eine Kommunikationsstrategie, um die vielfältigen Präventionsbemühungen und Friedenschancen bekannter zu machen und über bloße Zustimmung hinaus breite öffentliche und politische Unterstützung zu gewinnen,
- die Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung in der OSZE, der EU, der UN und Regionalorganisationen.

Wo sich Kriege und Krisen in der europäischen Nachbarschaft häufen, ist zivile Konfliktbearbeitung notwendiger denn je. Zum Nulltarif ist sie nicht zu haben. Sie braucht kluge Politik, Investitionen und Fachleute.

Winfried Nachtwei ist Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik und war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages.



Austausch und Information der Bevölkerung in der „Palaver Hut“

Instrument gewaltlosen Friedensengagements

Ein Bericht aus der Praxis als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst
in Sierra Leone

von Sandra Koch

Friedensarbeit ist immer auch Menschenrechtsarbeit

Gerechtigkeit und Frieden sind eins. Ich teile diese Grundüberzeugung christlicher Entwicklungszusammenarbeit und weiß um die unvollkommene Übersetzung dieses Gedankens in die Realität. Dies ist einer der Gründe, warum ich heute in Sierra Leone arbeite. Als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) unterstütze ich die sierra-leonische Organisation *Green Scenery* bei ihrem Einsatz für die Menschen, die Umwelt und den Frieden in einem der ärmsten Länder der Welt.

Sierra Leone besticht durch die Schönheit seiner Landschaft und die freundliche Offenheit seiner Bewohner und Bewohnerinnen. Vor 15 Jahren ging hier einer der gewalttätigsten Konflikte des postkolonialen Afrikas zu Ende. Heute herrscht in Sierra Leone Frieden – aber auch Gerechtigkeit? In dem

an Rohstoffen wie Bauxit, Diamanten und Gold reichen Land ist Korruption an der Tagesordnung, während es zugleich am Nötigsten fehlt, an Infrastruktur, Bildung, Nahrungssicherheit und medizinischer Versorgung, aber auch an der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und einer verlässlichen Regierungsführung. Wie überall trifft dies vor allem die Ärmsten der Armen. Das wachsende Interesse multinationaler Konzerne am Ackerland des kleinen westafrikanischen Staates gibt der Frage nach der ausbleibenden Gerechtigkeit eine neue Dringlichkeit.

Bedeutung der Landwirtschaft

Rund 75 Prozent der Menschen in Sierra Leone leben von der Landwirtschaft. Aus gutem Grund setzt die Regierung daher zur Armutsbekämpfung auf den Agrarsektor. Neben der Stär-



Netzwerk-Koordinator Frank sammelt Gesprächsstoff für ein Lobbytreffen.

kung von Kleinbauern gehört dazu der Versuch, internationale Investoren ins Land zu holen. *Green Scenery's* Recherchen zufolge sind etwa 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen Sierra Leones in deren Händen. Wo einmal Reis und Maniok für den Eigenbedarf angebaut wurden, sind heute vielerorts industrielle Zuckerrohr- und Palmöl-Plantagen zu sehen. Diese Entwicklung birgt Zündstoff, der in einem Postkonfliktstaat wie Sierra Leone schnell zurück in die Gewalt führen kann. Deshalb setzt sich *Green Scenery* dafür ein, dass Agrarinvestitionen allen zugutekommen. Und deshalb ist die Nichtregierungsorganisation eine der Partnerorganisationen des Zivilen Friedensdienstes der AGEH in Sierra Leone.

Als Fachdienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit vermittelt die AGEH Menschen wie mich in alle Welt. Durch solidarisches Engagement sollen qualifizierte Fachkräfte zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung beitragen. Mit einem Studienabschluss in Politikwissenschaft und Afrikanischer Ethnologie und Erfahrung in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bin ich bei *Green Scenery* Beraterin für Natürliches Ressourcenmanagement und Good Governance. Vor allem aber bin ich: mittendrin in einem Team von Menschen, die dazu beitragen wollen, dass man in Sierra Leone gut leben kann und dass alle, vor allem auch die Armen, als Gestalter ihrer Entwicklung eigenverantwortlich handeln, ihre Lebenssituation verbessern und den Frieden mitgestalten können.

Zwischen 0,23 und zwölf US-Dollar Pacht zahlt ein Agrarinvestor in Sierra Leone für einen Hektar Land pro Jahr, davon geht die Hälfte an die Landbesitzer, mehrere 1000 Hektar pachtet er, meist für über 50 Jahre. Oft werden die Verträge zwischen den Firmen, der Regierung und den traditionellen Führern, den Chiefs, ausgehandelt. Zu häufig bleiben die Menschen, die das Land besitzen und bewirtschaften, während der Verhandlungen außen vor, wissen nicht um ihre

Rechte und realisieren erst viel später, was die Verpachtung ihres Landes über Generationen eigentlich bedeutet. Zugleich wächst mit der Ankunft der Investoren die Hoffnung auf geteerte Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Jobs und ein besseres Leben. Selten erfüllen sich all die großen Erwartungen, und während ausländische Unternehmen Gewinne einstreichen, beklagen viele Familien den Verlust ihrer Lebensgrundlage.

Anwaltschaftliches Engagement (*advocacy*)

Für mich und meine sierra-leonischen Kollegen und Kolleginnen bei *Green Scenery* ist das Grund zur Sorge. *Green Scenery* hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, genau hinzuschauen, Informationen über die Landgeschäfte zusammenzutragen und auf Missstände hinzuweisen. Wir recherchieren Gesetzesgrundlagen, internationale Richtlinien und Pachtverträge. Wir besichtigen Plantagen. Und wir sprechen mit betroffenen Kleinbauern, Investoren und politischen Entscheidungsträgern. Unser Ziel ist es, die einen über ihre Rechte und die anderen über ihre Pflichten aufzuklären.

Wer Frieden will, muss für Gerechtigkeit sorgen. Friedensarbeit ist daher immer auch Menschenrechtsarbeit. Aus diesem Grund begleite ich *Green Scenery* bei der alltäglichen Arbeit im Büro in der Landeshauptstadt Freetown, bei den regelmäßigen Besuchen in den von Landnahmen betroffenen Dörfern im ganzen Land oder bei Dialogveranstaltungen mit Gemeinden, Konzernen und Politikern. Dabei ist Gewaltlosigkeit unser oberstes Gebot. Mit Worten und Taten stehen wir an der Seite der von Landnahmen betroffenen Gemeinschaften, beraten und unterstützen die Menschen auf ihrem Weg, sich aus eigener Kraft für ihre Interessen einzusetzen. Als *Advocacy*-Organisation kümmern wir uns um die öffentlichkeitswirksame Verbreitung unserer Rechercheergebnisse, nutzen sie für unsere Medienarbeit und für Empfehlungen an politische Entscheidungsträger.

Für mindestens drei Jahre darf ich mit meinem Wissen, meinen Erfahrungen und meinen Kompetenzen *Green Scenery's* wertvolle Arbeit unterstützen und dabei neues Wissen, neue Erfahrungen und neue Kompetenzen sammeln. Oft bringen meine Fragen zu Land und Leuten meine Kollegen und Kolleginnen zum Lachen, manchmal stimmen sie sie aber auch nachdenklich. Eins ist klar: Unser Versuch, einander zu verstehen, zeigt uns allen und auch unserer Arbeit neue Perspektiven auf. Mein Hier- und Mittendrinsein ist für mich und für *Green Scenery* eine Bereicherung – und so bleibt zu hoffen, dass wir Schritt für Schritt gemeinsam dazu beitragen, dass Landgeschäfte in Sierra Leone transparent und zum Vorteil aller ablaufen.

Sandra Koch ist als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) derzeit als Beraterin bei „Green Scenery“ in Sierra Leone für Natürliches Ressourcenmanagement und Good Governance tätig.

Interreligiöse Zusammenarbeit als notwendige Bedingung für den Frieden

Impulse aus einer spannungsreichen Region

von Prof. Dr. Fadi Daou und Prof. Dr. Nayla Tabbara



Am Tag der spirituellen Solidarität der Adyan-Stiftung

Adyan, der arabische Begriff für Religionen, ist der Name einer libanesischen Organisation, die 2006 von Christen und Muslimen gegründet wurde. Die Adyan-Stiftung¹ ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation (NGO). Sie ist im Libanon, im arabischen Raum und international in drei Hauptbereichen tätig: dem „Institute of Citizenship and Diversity Management“, durch Teilnahme an Friedensprojekten und Netzwerkarbeit der Mitglieder sowie im Bereich der Medien. Der Zweck der Stiftung liegt in der Wertschätzung der Vielfalt in ihren konzeptionellen und praktischen Dimensionen, in der Förderung des Zusammenlebens und des Managements von Diversität auf sozialer, politischer, bildungspolitischer und spiritueller Ebene. Sie

¹ Vgl. www.adyanfoundation.org.

wird durch ein gemeinsames „spirituelles Ethos“ unterstützt und ist um folgende vier Werteordnungen herum strukturiert:

1. Kulturelle und religiöse Diversität

Durch ihre Gründungsmitglieder, Mitglieder, Freiwilligen, Mitarbeiter, Partner und Projektbegünstigten reflektiert die Adyan-Stiftung die Diversität ihrer eigenen Identität und Mission. So betrachtet die Stiftung Diversität als eine Bereicherung und einen Mehrwert für Gesellschaften. Für sie „schafft Vielfalt Einheit“, sie negiert sie nicht. Auf der Grundlage dieses Wertes wurde eine Forschungsmethodik zu „Theologien im Dialog“ entwickelt, wobei Verständlichkeit und Kohärenz im religiösen Denken durch die Fragen der anderen angestrebt

wird, d. h. mit den anderen eine Theologie gestalten, wie es im Buch *Die göttliche Gastfreundschaft. Der andere im Dialog der christlichen und muslimischen Theologien*² zum Ausdruck kommt. Ein weiteres Beispiel ist der von der Stiftung gemeinsam mit dem Bildungsministerium des Libanon initiierte Paradigmenwechsel hinsichtlich der Bildungsinhalte und bildungspolitischer Maßnahmen. Diese wurden 1997 zuletzt reformiert und basieren auf zwei Prinzipien: Assimi-



Prof. Daou überreicht den „Spiritual Solidarity Award“ 2009 an Imam Ashafa und Pastor Wuye aus Nigeria.

lierung und Toleranz. Die Adyan-Stiftung ist jedoch der Meinung, dass Assimilierung die Diversität negiert, und hält den Begriff der Toleranz in diesem Zusammenhang für zu passiv und indifferent. Die neuen bildungspolitischen Maßnahmen, die das Ergebnis einer von der Stiftung geleiteten landesweiten Befragung sind, orientieren sich an der Vorstellung, dass die Mission der Bildung darin liegt, die Denkweise vom Kommunitarismus hin zu einer teilhabenden Bürgerschaft in kultureller und religiöser Vielfalt zu ändern und über den Weg der Toleranz zur Partnerschaft zu gelangen.

2. Menschenwürde und individuelle Einzigartigkeit

Das Gleichgewicht zwischen Anerkennung von Vielfalt und individueller Einzigartigkeit zu wahren, bedeutet, den Einzelnen nicht auf seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Gruppe zu reduzieren, sondern jeden Menschen als wertvoll an sich zu betrachten, ausgestattet mit einer ureigenen Würde, Individualität und einer persönlichen Erfahrung, durch die er seine Gruppe und die Gesellschaft bereichern kann. Dazu gehört auch die Hervorhebung der vielen Unterschiede, die zu jedem religiösen Menschen gehören. Die Adyan-Stiftung ermutigt zu einer Wertschätzung der inneren Vielfalt der Religionen, insbesondere durch den Ausbau der

2 Fadi Daou/Nayla Tabbara: *L'hospitalité divine. L'autre dans le dialogue des théologies chrétienne et musulmane* (Münster 2013). Auch veröffentlicht in Arabisch und bald in englischer (hg. vom Ökumenischen Rat der Kirchen i. E.) und in deutscher Sprache: *Die göttliche Gastfreundschaft. Der andere im Dialog der christlichen und muslimischen Theologien* (Münster, i. E.).

Fähigkeiten junger Führungspersönlichkeiten, damit diese einen eigenen Beitrag zur Vielfalt an Auslegungen in Glaubensfragen leisten können. Innerhalb des akademischen Programmes Islam, Diversität und Friedensaufbau, gerichtet an junge muslimische Führungspersönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität, soll die Methodik der Adyan-Stiftung dazu dienen, die jungen Menschen zu befähigen, mit Problemen in Fragen von Religion, Politik und Anderssein umzugehen, und sie in die Lage zu versetzen, ihre eigene theologische Position zu entwickeln, die mit ihrem Gewissen und ihrer Lebenserfahrung in Einklang steht.

3. Partnerschaft und spirituelle Solidarität

Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen verfolgen einen humanistischen, säkularistischen Ansatz, der die religiöse Dimension der Menschen nicht betrachtet. Bei religiösen Institutionen ist es jedoch so, dass alles Tun aus einem einzigartigen Glauben entsteht, um dadurch allen Menschen zu dienen. Die Adyan-Stiftung bietet einen dritten Weg an, den einer interreligiösen Partnerschaft für soziale und spirituelle Solidarität – auf der Grundlage der Überzeugung, dass die Werte, denen Religionen eine spezifische Dimension und Interpretation geben, tatsächlich menschliche Werte und damit auch universelle Werte sind. Deshalb können Menschen aller Glaubensrichtungen ihren Horizont erweitern und ihr Verständnis dieser Werte vertiefen, indem sie diese gemeinsam in die Praxis umsetzen.

In ihrem dritten Hirtenbrief erläutern die katholischen Patriarchen des Ostens, dass eine spirituelle Solidarität „darin besteht, die gleiche Verantwortung vor Gott zu übernehmen, besonders die des Zusammenlebens. Gott ruft uns und möchte, dass wir zusammen leben und eine gemeinsame Heimat aufbauen. Bei diesem gemeinsamen Aufbau hat er uns füreinander verantwortlich gemacht. Deshalb ist die Gegenwart des Mitmenschen Gottes Stimme in unserem Leben“³. Auf der Grundlage unseres Bewusstseins für diese gemeinsame gegenseitige Verantwortung und für den anderen als die Stimme des Unbeschreiblichen in unserem Leben haben wir die libanesische Adyan-Stiftung für Interreligiöse Studien und Spirituelle Solidarität gegründet. Wir veranstalten jedes Jahr einen Tag der spirituellen Solidarität („spiritual solidarity day“) gemäß dem Geist von Assisi und verleihen jährlich einen Preis für spirituelle Solidarität („spiritual solidarity award“) an Menschen, denen alle Gemeinschaften am Herzen liegen, die die Rechte der anderen wahren und ihre Sorgen und Hoffnungen mit Empathie teilen. Durch eine weitere Initiative der Stiftung wurden christliche und muslimische Experten zusammengebracht, die von den wichtigsten religiösen Institutionen des Libanon beauftragt wurden, einen neuen Ansatz zu entwickeln, die Werte des öffentlichen Lebens und des bürgerschaftlichen Engagements in den Religionsunterricht einzuführen. Ein erstes Handbuch mit dem Titel *The Role of Christianity and Islam in Fostering Citizen-*

3 Council of Catholic Patriarchs of the East, *Together before God for the welfare of the individual and of society*, Bkerki 1994, Nr. 44.

ship and Living Together wurde veröffentlicht und enthält christliche und muslimische Darstellungen über die Werte von Diversität, Gerechtigkeit und Respekt vor den Gesetzen.

4. Frieden und soziale Gerechtigkeit

Die Authentizität des Glaubens zeigt sich im Engagement für Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle auf der Grundlage des Respekts vor der Würde eines jeden Menschen mit dem Recht auf Unterschiedlichkeit. Eine die Vielfalt umfassende Gemeinschaft verkörpert den Rahmen, der diese Prinzipien umschließt, und schützt vor der Tyrannei einer Gruppe gegenüber anderen oder gegenüber Einzelpersonen. Die Adyan-Stiftung glaubt, dass Frieden und soziale Gerechtigkeit nur mit den anderen, einschließlich denen, die man dem „gegnerischen Lager“ zuordnet, aufgebaut werden können. Interreligiöse Zusammenarbeit ist wesentlich, um den konfessionellen Konflikten durch Manipulation religiöser Gefühle für ideologische Zwecke entgegenzuwirken. Die Adyan-Stiftung beschäftigt sich also mit dem Thema der Religions- und Glaubensfreiheit im Kontext einer die Diversität enthaltenden erneuerten Gemeinschaftsbildung in der arabischen Welt, indem sie Christen, Muslime, Jesiden und andere zusammenbringt, aber auch den Dialog zwischen religiösen und nicht religiösen Stimmen fördert. Die Stiftung ist auch in der interreligiösen Zusammenarbeit tätig, indem sie Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus anspricht. Vor dem Hintergrund des dramatischen Krieges in Syrien entwickelte die Stiftung das Bildungsprogramm für Frieden und Resilienz („education for peace and resilience program“) für Syrer, die in den Libanon geflohen waren oder innerhalb Syriens auf der Flucht sind. Ziel ist es, den Weg für den zukünftigen Wiederaufbau Syriens zu ebnen, und zwar durch ein wieder

gewonnenes Vertrauen der Syrer in sich selbst und in ihre Landsleute mit unterschiedlichem konfessionellem Hintergrund.

Die Adyan-Stiftung hält eine gemeinsame interreligiöse Spiritualität für möglich, die es jedem Menschen erlaubt, sein Bekenntnis innerhalb der jeweiligen Tradition in einer authentischeren und freieren Weise zu leben. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir nicht nur mit dem Anderen, sondern auch von dem Anderen lernen, wie wir unseren eigenen Glauben besser leben können. Diese Erkenntnis erreicht unsere Gemeinden, denn aus der interreligiösen Erfahrung ergeben sich Fragen und Herausforderungen für jede Glaubensrichtung und ihren jeweiligen theologischen Diskurs, der somit für mehr Universalität geöffnet wird. Außerdem werden Gemeinschaften herausgefordert, sich von der Viktimisierung hin zu gemeinsamer Verantwortlichkeit zu bewegen und vom Misstrauen zur Partnerschaft zu gelangen. In einer von Vielfalt durchdrungenen Welt ist und wird die „Interreligiösität“ in zunehmendem Maße zum Pfad der Religionen hin zu ihren eigenen Wahrheiten.

Pater Prof. Dr. Fadi Daou, maronitischer Priester, ist Mitbegründer und Vorsitzender (CEO) der in Beirut (Libanon) ansässigen Adyan-Stiftung zur Förderung des interreligiösen Dialogs und der spirituellen Solidarität.

Prof. Dr. Nayla Tabbara, muslimische Theologin, ist Mitbegründerin der Adyan-Stiftung und Direktorin des „Institute of Citizenship and Diversity Management“ der Stiftung.



Die Absolventinnen und Absolventen eines der jährlichen Seminare über Religion und Gesellschaft

Gewaltlosigkeit statt Alternativlosigkeit

Gedanken über Stile der Politik

von Prof. DDr. Thomas Sternberg, MdL

In aktuellen Debatten erleben wir vor allem in den sozialen Netzwerken eine bisher nicht bekannte Verrohung der Sprache. Das betrifft vor allem die sogenannten „Shit-Storms“, die zum Teil von Maschinen generiert werden. Als Abwehrreaktion auf vermeintliche oder tatsächliche Reglementierungen der Sprache nach den Regeln „politischer Korrektheit“ werden Entgleisungen möglich, die man über 70 Jahre nach dem Nationalsozialismus in Deutschland nicht für möglich gehalten hat. Die Anonymität des Netzes ermöglicht offenbar einen hohen Grad an Inhumanität. Aber auch öffentlich treffen wir dort, wo wir Respekt für Andersdenkende und anders Geprägte und eine faire Auseinandersetzung um das bessere Argument erwarten, häufig auf unversöhnliche Verächtlichmachung und ein polarisierendes Freund-Feind-Denken.

Verbale Gewalt

Materieller Gewalt gegen Personen und Sachen geht in aller Regel die verbale Gewalt voraus. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine verrohte, den politischen Gegner verächtlich machende Sprache als Mittel der politischen Auseinandersetzung salonfähig wird. In der Politik ist Gewaltlosigkeit nicht als mangelnde Konfliktfähigkeit zu verstehen. Im Gegenteil: Das geordnete Austragen von Konflikten ist ein Wesensmerkmal der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie, denn die Suche nach der angemessenen Politik setzt Alternativen voraus. Verbale oder materielle Gewalt darf aber keine Option in der politischen Auseinandersetzung sein.

Politikstil der Alternativlosigkeit?

In den vergangenen Monaten wurden der Bundesregierung und den etablierten Parteien immer wieder eine Politik und ein Politikstil der Alternativlosigkeit vorgeworfen. Das ist eine ernsthafte Anfrage an alle politischen Akteure. Nicht zuletzt tragen große Koalitionen und schwache Oppositionen zum Erstarken radikaler Bewegungen bei, die bei Einzug in die Parlamente wiederum zu übergreifenden Koalitionen zwingen. Geradezu grotesk mutet an, dass sich viele, die auf der einen Seite Alternativen wollen und sich einer Partei anschließen, die die Alternative im Namen trägt, zugleich abschirmen gegenüber allem, das nicht ins eigene Weltbild passt. Viele hören nur das, was ihre Position stützt, nicht die Argumente einer anderen Seite. Nicht zuletzt die Algorithmen der Suchmaschinen des Internets lassen Alternativen zu ihrer Sichtweise gar nicht erst an die Netznutzer herankommen.

Jeder und jede Einzelne in der Politik muss aber die Auffassungen Anderer, die häufig ganz anders geprägt sind, an sich heranlassen. Man muss und kann viele Ängste, Ressentiments und ausgrenzende Haltungen nicht teilen – aber ignorieren und übergehen darf man sie auch nicht. Denn neben verbaler und materieller Gewalt gibt es auch gewalttätige Ignoranz. Es gibt sie in allen Milieus, bei hochgebildeten gesellschaftlichen Funktionseliten, die kalt und unempfindlich soziale Verwerfungen in Kauf nehmen, ebenso wie bei scheinbar bürgerlichen „Wutbürgern“, die sich abgehängt fühlen und sich mit dumpfen Parolen jeglicher Bürgerlichkeit entledigen.

Umgang mit Proteststimmungen

In der Politik und auch in der Kirche müssen wir lernen, mit solchen Proteststimmungen besser umzugehen. Wenn Populisten in die Parlamente einziehen, wird noch nicht das demokratische, repräsentative System infrage gestellt. Im Gegenteil: Es ist vielmehr die Stunde der Demokratinnen und Demokraten, unser Bewährungstest. Die Kohärenz unserer Gesellschaft, in der es ungeschriebene Regeln des Anstandes gibt, ist zurzeit gefährdet. Wir müssen arbeiten an einem Frieden in der Gesellschaft, die Auseinandersetzungen in gegenseitiger Achtung führen kann. Für eine Gesellschaft, in der Menschenwürde, Achtung vor dem Anderen und soziale Verantwortung nicht ein Thema nur für bestimmte Gruppen ist, sondern alle betrifft.

„Suche Frieden“

Beim 101. Deutschen Katholikentag vom 9. bis 13. Mai 2018, den das ZdK und das gastgebende Bistum Münster unter das Leitwort „Suche Frieden“ gestellt haben, werden wir uns dem Thema unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten nähern. Wir werden auch den Streit um den richtigen Weg führen. Einen Streit, dessen Voraussetzung eine Haltung der Gewaltlosigkeit und des Respekts sein muss – für den Weg zu und die Suche nach einem Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Gewalt.

Prof. DDr. Thomas Sternberg ist Honorarprofessor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen und seit 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Brücken offen halten

Geistliche Erfahrungen im Umgang mit Sterbenden im Herzen von Jerusalem

von Schwester Monika Düllmann SJA

Ein Hospiz als Ort der Friedensförderung?

Vor einigen Jahren rief mich der damalige Abt der Dormitio Abtei in Jerusalem an und fragte, ob das St.-Louis-Hospital, das ich leite, den „Mount Zion Award“ annehmen würde, einen Preis für interreligiösen Dialog und Friedensarbeit. Ich verstand ihn nicht. Wir sind doch keine Friedensakademie – wir sind ein Krankenhaus, ein Hospiz, in dem Menschen die letzten Tage ihres Lebens verbringen. Als er dann jedoch erwähnte, dass der Preis mit 20.000 Euro dotiert ist, dachte ich an unseren Aufzug. Der blieb drei- bis fünfmal täglich stecken und brauchte dringend einen neuen Motor, doch uns fehlte das Geld. Da habe ich alle anderen Überlegungen hinten angestellt und ja gesagt.

Im Zuge der Vorbereitung auf die Preisverleihung habe ich festgestellt, dass der Abt Recht hatte. Dialog und Friedensförderung sind so etwas wie eine „erwünschte Nebenwirkung“ unserer Arbeit mit Sterbenden.

Verbunden im gemeinsamen Schicksal

Das St. Louis ist ein Krankenhaus für Palliative Medizin und Geriatrie, mit 50 Betten, in kirchlicher Trägerschaft und integriert in das israelische Gesundheitssystem. Es befindet sich im Zentrum von Jerusalem, zwischen arabischer Altstadt und jüdischer Neustadt. Hier leben Menschen ganz verschiedener Herkunft, Religion und Volkszugehörigkeit gemeinsam die letzte Etappe ihres Lebensweges. Die Speisevorschriften aller drei monotheistischen Religionen werden befolgt, und es ist wohl weltweit das einzige Kloster mit koscherer Küche und Klosterrabbiner, in dem man auch Koranversen aus dem Handy lauschen kann.

Menschen, die sich im Leben „draußen“ nur selten begegnen – und wenn, dann mit Misstrauen und Feindschaft bis hin zur Gewalt – finden sich im selben Krankenzimmer wieder. Mit der Mitpatientin oder dem Mitpatienten verbindet sie ein gemeinsames Schicksal – Krebs im Endstadium, Koma, Sterben und Tod. Sie und ihre Familien merken, dass sie als Menschen viel mehr verbindet, als sie auf religiöser oder politischer Ebene trennt. Und so reden sie miteinander, teilen das Essen, nehmen sich im Auto mit – und umarmen einander in den besonders schweren Momenten des Abschieds.

Das St.-Louis-Hospital in Jerusalem



Friede als Geschenk der Sterbenden

Schwerkranke und Sterbende sind macht-los, gewalt-los – und sie lehren uns, was wirklich zählt im Leben. Ja, der Friede, den wir im St.-Louis-Krankenhaus täglich erleben und leben, mit den Patienten und ihren Familien, aber auch untereinander, als gemischtes Team aus Israelis, Palästinensern und Europäern, dieser Friede ist ein Geschenk der Sterbenden an uns.

Manchmal können wir dieses Geschenk an die Sterbenden zurückschenken, wie z. B. im Fall einer jüdischen Patientin, die nach Auskunft ihrer Tochter „die Araber immer gehasst“ hat. „Aber“, so vertraute uns die Tochter nach dem Tode der Mutter an, „nicht mehr zum Schluss, denn der beste Krankenpfleger ist ...“ – und sie nannte den Namen eines Kollegen, der Palästinenser und Muslim ist.

Besonders deutlich haben wir dies auch erfahren dürfen mit einem jüdisch-orthodoxen Patienten, der sehnsüchtig auf das Kommen des Messias wartete. Mindestens 100 Mal am Tag wiederholte er den Satz: „Der Messias wird kommen, weißt Du es schon, er kommt, dieses Jahr kommt er.“ Dieser Patient verstarb relativ plötzlich an einem Samstag, dem einzigen Tag, an dem seine Frau nicht ins Krankenhaus kam, da sie aus religiösen Gründen am Sabbat nicht Auto fährt. Da sie auch nicht ans Telefon geht – jegliche Benutzung von Strom, die nicht der Lebensrettung dient, ist den orthodoxen Juden am Sabbat verboten –, schickten wir einen Boten zu ihr, um sie über den Tod ihres Mannes zu informieren. Am Samstagabend, als der Sabbat zu Ende war, hat sie ihren Mann beigesetzt, da nach jüdischem Gesetz die Toten in Jerusalem noch am Sterbetag beerdigt werden. Am nächsten Tag bin ich mit einigen Kollegen ins Trauerhaus gegangen, um ihr ein wenig



Menschliche Nähe auf der letzten Etappe des Lebenswegs

vom letzten Tag ihres Mannes zu berichten. Sie begrüßte uns mit den Worten: „Es macht nichts, dass ich nicht da war, als mein Mann starb. Er ist trotzdem in der Familie gestorben. Ihr seid seine Familie geworden. Und es ist für mich ganz wichtig, dass er bei Euch gestorben ist. Ihr wisst ja, wie sehr er auf das Kommen des Messias gewartet hat. Ist nicht das die Zeit des Messias, wenn Menschen unterschiedlicher Religionen und Volkszugehörigkeiten in Frieden miteinander leben? Dadurch, dass mein Mann die letzten Wochen seines Lebens bei Euch hat leben dürfen, hat sich seine Hoffnung wenigstens ein bisschen erfüllt.“

Diese und andere ähnliche Erlebnisse lassen mich mehr und mehr den Satz verstehen, den mir ein palästinensischer Bekannter 1999 mit auf den Weg gab. Er sagte zu mir: „Monika, wir Palästinenser erwarten von Euch europäischen Ordensleuten nicht, dass Ihr Euch auf unsere Seite schlagt, natürlich auch nicht auf die Seite der Israelis. Wir erwarten von Euch, dass Ihr die Brücken offen haltet. Dieser Konflikt kann nicht immer so weitergehen. Irgendwann wird es ein DANACH geben, und in diesem Danach brauchen wir Orte, wo wir immer noch miteinander gesprochen haben.“

Die Brücken offen zu halten – das ist kein Universalrezept für eine gewaltlose Friedenspolitik, aber vielleicht ein wichtiges Element eines gewaltlosen Friedensengagements, auch und gerade in fortwährend andauernden Konfliktsituationen wie hier in Jerusalem. Es ist unser täglicher kleiner Beitrag zum Frieden in dieser zerrissenen Stadt: die Brücken offen zu halten, Orte echter Begegnung und Weggemeinschaft zu schaffen, zwischen den Menschen – und in unseren eigenen Herzen.

Schwester Monika Düllmann gehört zur Ordensgemeinschaft der Schwestern des Heiligen Joseph von der Erscheinung (SJA), ist Krankenschwester und Theologin und leitet das französische St.-Louis-Hospital in Jerusalem.



Der Rabbiner des St.-Louis-Hospitals an Chanukka, kurz vor Weihnachten



Anregungen für eine Gebetsstunde

Hinführung zum Thema

Das Leitwort des diesjährigen Welttag des Friedens führt uns vor Augen, dass Gewaltlosigkeit nicht nur eine Haltung im persönlichen Umgang miteinander ist, sondern als Prinzip und Mittel der Politik Frieden bewirkt. Das Leitwort nimmt Bezug auf die gemeinsame Konferenz des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden und Pax Christi International zu „Gewaltfreiheit und gerechter Friede“ vom April 2016. In seiner Botschaft an diese Konferenz betonte Papst Franziskus, wie grundlegend dieses Prinzip ist: „Eure Gedanken über die Neubelebung der Mittel von Gewaltfreiheit – insbesondere von gewaltfreiem Handeln – sind ein notwendiger und positiver Beitrag.“ In der Abschlussklärung wird explizit formuliert, was dazu von jeder und jedem von uns gefordert ist: Wir Christinnen und Christen müssen „die zentrale Bedeutung der aktiven Gewaltfreiheit für die Vision und Botschaft Jesu, für das Leben und Wirken der katholischen Kirche sowie für unsere langfristige Berufung zur Heilung und Versöhnung sowohl des Volkes als auch des Planeten Erde anerkennen.“

Jedem westlichen Überlegenheitsdenken und alten Vorstellungen vom gerechten Krieg werden damit deutliche Absagen erteilt. Illegaler Waffenhandel, Ausbeutung von Völkern, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Kriege und die vielen kleinen Brandherde von Gewalt auf dieser Welt haben schwerwiegende soziale Auswirkungen. Um dem etwas entgegenzusetzen, genügt es nicht, Spenden zu sammeln. Strukturelle Probleme erfordern strukturelle Lösungen. Deshalb muss sich der Stil von Politik – auch unserer Politik – ändern. Aus Spannungen dürfen keine Kriege erwachsen und die Macht des Rechts muss Vorrang vor dem Recht der Macht erhalten. Echter Fortschritt ist nur durch Gewaltlosigkeit – als Stil einer Politik für den Frieden – zu erlangen.

Wir laden Sie ganz herzlich ein, sich beim diesjährigen Welttag des Friedens mit diesem Thema zu beschäftigen und es weiterzudenken.

Monika Altenbeck (kfd), Stefan Dengel (BDKJ)

Gebetsstunde für den Frieden

1. Lied zur Eröffnung: Sonne der Gerechtigkeit; GL 481

2. Eröffnung

Liebe Schwestern und Brüder,
herzlich willkommen zur gemeinsamen Gebetsstunde zum Welttag des Friedens. Das Leitwort des Papstes in diesem Jahr lautet: „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“. Es genügt nicht, dass wir untereinander möglichst gewaltfrei kommunizieren und den Frieden in unseren Gemeinden und Beziehungen kultivieren. Die Strukturen der weltweiten Gewalt lassen sich nur durch eine Politik der Gewaltlosigkeit durchbrechen. Eine Politik, die Waffengeschäfte, Raubbau an Gottes Schöpfung und die wirtschaftliche Ausbeutung von Frauen, Männern und Kindern wissentlich in Kauf nimmt, macht sich mitschuldig. Wie können wir durch unser Engagement etwas zu einer Politik der Gewaltlosigkeit beitragen? Mit dieser Frage und allen damit verbundenen Gedanken und Sorgen lassen Sie uns diesen Gottesdienst im Namen des dreieinigen Gottes beginnen:

Im Namen Gottes des Vaters, der uns Frieden zutraut,

im Namen Jesu Christi, der uns Gewaltfreiheit vorgelebt hat,

im Namen des Heiligen Geistes, der uns stärkt und zu mutigem Handeln anspricht.

(+ Währenddessen wird das Kreuzzeichen vollzogen.)

3. Aktion

Gewaltlosigkeit als Stil einer Politik für den Frieden scheint inmitten unserer Welt, die wir so oft als brüchig, grausam und kaputt erleben, eine paradiesische Traumvorstellung. Das Bild der „one human family“ zeigt uns, dass alle Menschen gleich sind, von Gott geschaffen.

Überlegen Sie bitte gemeinsam, wie Gewaltlosigkeit gelebt werden kann – im Kleinen wie im Großen.

4. Kyrie

Gott Vater, du Quelle des Lebens. Du wendest dich den Menschen zu.

HERR, erbarme dich.

Gott Sohn, Jesus Christus, du bist den Menschen Vorbild für Frieden und Gerechtigkeit.

CHRISTUS, erbarme dich.

Gott Heiliger Geist, du verwandelst die Herzen derer, die gefangen sind im Netz der Gewalt, und zeigst uns Wege des Friedens.

HERR, erbarme dich.

5. Lied zum Kyrie: Meine engen Grenzen; GL 437

6. Tagesgebet

Du Gott der Gewaltlosigkeit. Du schenkst uns deine Liebe und deinen Frieden. Mach uns bereit, immer wieder Wege des friedlichen Miteinanders zu suchen. Gib uns die Kraft, allen entgegenzutreten, die nur an gewaltsame Lösungen denken. Sende uns deinen Heiligen Geist, damit wir dich in jedem Menschen sehen. Darum bitten wir dich durch Jesus Christus, unseren Herrn und Bruder. Amen.

7. Lesung (Amos 5,7.10-15a)

Weh denen, die das Recht in bitteren Wermut verwandeln und die Gerechtigkeit zu Boden schlagen! Bei Gericht hassen sie den, der zur Gerechtigkeit mahnt, und wer Wahres redet, den verabscheuen sie. Weil ihr von den Hilflosen Pachtgeld annehmt und ihr Getreide mit Steuern belegt, darum baut ihr Häuser aus behauenen Steinen – und wohnt nicht darin, legt ihr Euch prächtige Weinberge

an – und werdet den Wein nicht trinken. Denn ich kenne eure vielen Vergehen und eure zahlreichen Sünden. Ihr bringt den Unschuldigen in Not, ihr lasst euch bestechen und weist den Armen ab bei Gericht. Darum schweigt in dieser Zeit, wer klug ist; denn es ist eine böse Zeit. Sucht das Gute, nicht das Böse; dann werdet ihr leben und dann wird, wie ihr sagt, der Herr, der Gott der Heere, bei euch sein. Hasst das Böse, liebt das Gute und bringt bei Gericht das Recht zur Geltung!

8. Fürbitten

Antwortgesang: Laudate omnes gentes; GL 386

„Teilen, nicht töten“ ist unabdingbare Voraussetzung für eine Kultur der Gewaltlosigkeit. Darum lasst uns Gott bitten:

- *Für die Menschen, die Gewalt erleben oder von Gewalt bedroht sind: Sei du bei ihnen.*
- *Für die politischen Entscheiderinnen und Entscheider: Lass sie die komplexen Zusammenhänge in der Welt mit dem Blick der Gewaltlosigkeit sehen und danach ausgerichtet ihre Entscheidungen treffen.*
- *Für die Konsumentinnen und Konsumenten: Lass sie nachhaltige Entscheidungen treffen und schenke ihnen die Zuversicht, dass viele kleine Schritte zusammengenommen viel bringen.*
- *Für uns selbst: Schenke uns Achtsamkeit für unsere Verantwortung und den Mut, anzufangen und weiterzugehen.*

Jesus Christus hat uns seinen Frieden geschenkt. Dieses Geschenk möge in unseren Herzen und im Miteinander aller Menschen und Völker fruchtbar und lebendig werden, heute und alle Tage dieses neuen Jahres. Darum bitten wir durch ihn, Jesus Christus, unseren Bruder und Herrn. Amen.

9. Vater unser

10. Zum Friedensgruß: Frieden wird werden

Frieden wird werden,
wenn die geschlagene Gerechtigkeit
wieder aufgerichtet ist.
Frieden wird werden,
wenn der Essig des Rechtsbruchs
zum Honig des Rechtsspruchs wird.
Frieden wird werden,
wenn das Recht wie Balsam
auf den Wunden der Entrechteten wirkt.
Frieden wird werden,
wenn wir die leise Stimme hören,
die die Wahrheit will.
Frieden wird werden,
wenn die, die das Recht beugen,
den Kopf vor der Wahrheit neigen.
Frieden wird werden,
wenn Lebensmittel endlich
Mittel des Lebens für alle sind.
Frieden wird werden,
wenn wir Unrecht erkennen, benennen,
das Gute suchen, das Rechte tun.
Frieden wird werden,
wenn wir es wagen,
wenn wir einander den Frieden zusagen.

Frieden wird unter uns sein.
Miteinander, füreinander, dein und mein.
Gottes Frieden beginnt. Bei dir, bei mir.
Jetzt und hier.

Dorothee Sandherr-Klemp

11. Zum Segen: Zeitlos

„Wir wollen den Kornspeicher öffnen, das Maß kleiner
und den Preis größer machen und die Gewichte fälschen.
Wir wollen mit Geld die Hilflosen kaufen, für ein Paar Sandalen die Armen.
Sogar den Abfall des Getreides machen wir zu Geld.“
Amos, der Prophet, sagt:
„Keine ihrer Taten werde ich jemals vergessen.“
Zeitlos:
windige Wirtschaftspraktiken,
perfekionierte Profitgier.
Zeitlos:
wie sich die Reichen
an den Armen bereichern.
Zeitlos:
der Gott Israels,

der solidarisch mit den Armen ist.

Zeitlos:

Propheten, die die Wahrheit wagen.

ES IST ZEIT.

Herr, lass uns begreifen, dass es ZEIT ist.

Lass uns ergriffen sein von dem, was wir sehen und doch nicht sehen.

Lass uns ergriffen sein von dem, was wir hören und doch nicht hören.

Herr, segne uns, damit wir leben.

Herr, segne uns, damit wir handeln:

das Böse erkennen, Unrecht benennen,

das Gute suchen, das Rechte tun.

Dorothee Sandherr-Klemp

12. Schlusslied:

Gott gab uns Atem; GL 468

Die Anregungen für die Gebetsstunde wurden in Teilen der Arbeitshilfe „Gewaltlosigkeit: Stil einer Politik für den Frieden“, hg. vom BDKJ in Zusammenarbeit mit der kfd sowie DJK, KDFB, GKMD, pax christi, unterstützt von der afj, entnommen. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.



Gebetsstunde am 13. Januar 2017

Für Freitag, den 13. Januar 2017, rufen der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), der Deutsche Jugendkraft-Sportverband (DJK), die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) und die Internationale Katholische Friedensbewegung pax christi, unterstützt von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) zu einer Gebetsstunde für den Weltfrieden auf. Einige Anregungen für diese Gebetsstunde sind in dieser Arbeitshilfe aufgegriffen. Zusätzliches Material ist erhältlich beim Jugendhaus Düsseldorf: www.jhdshop.de.

Frieden durch Recht und Gerechtigkeit

Gedanken zur Lesung

Der Prophet Amos durchbricht das Schweigen in „böser Zeit“: Himmelschreiende Kriegsverbrechen in der Völkerwelt zeugen von einer „Herrschaft der Gewalt“. Israel ist beschenkt mit einer Hausordnung, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Doch auch in seiner Mitte werden die Schwachen unterdrückt und „die Armen zermalmt“. Amos ist von Gott beauftragt, die Achtung des Rechts und die Verwirklichung von Gerechtigkeit im Zusammenleben der Menschen in Erinnerung zu rufen. Hier kommen zwei grundlegende Pfeiler einer „Politik für den Frieden“ zur Sprache.

Das Völkerrecht erfordert Alternativen zum Militär und Friedensinvestitionen

Ohne die von Amos eingeklagte Geltung des Rechtes in der Völkerwelt kann es für uns Menschen keine gute Zukunft geben. Die Ächtung des Krieges durch die Charta der Vereinten Nationen (1945) ist nur zu verwirklichen durch friedliche Mittel und Verfahren zur Vorbeugung oder Lösung von Konflikten: Eine Kultur der Gewaltfreiheit und Begegnung, Forschungen für Austausch und Zusammenarbeit anstelle von Beherrschungswissenschaften, Friedensindustrien statt Produktionen des Todes, Budgets zur Entwicklung einer friedlichen Globalisierung. Doch die Ausgaben für Rüstung und Krieg verschlingen jährlich weltweit 1.700 Milliarden US-Dollar! Bei den nur dürftig ausgestatteten zivilen und humanitären Programmen fehlt das Geld. Der Friede als Menschenrecht und Völkerrechtsgebot erfordert zwingend eine Umkehrung dieser Verhältnisse. In den Frieden muss investiert werden! Jeder Kriegsschauplatz führt zu weiteren Gewaltexplosionen. Der aberwitzige militärische Heilsglaube ist bankrott. Dagegen bestätigen wissenschaftliche Untersuchungen die Wirksamkeit gewaltfreier Widerstandsformen und Lösungsansätze. Eindrucksvolle Beispiele mit Beteiligung der Kirchen sind u. a. die Rettung der dänischen Juden (1943), der Sturz des philippinischen Diktators Marcos (1986), der deutsche „Mauerfall“ (1989) und das Ende der Rassentrennung in Südafrika (1990).

Kein „Politikstil der Gewaltfreiheit“ ohne Gerechtigkeit

Papst Franziskus ruft nun zu Gewaltfreiheit als Politikstil des Friedens auf. Zu einem neuen, realistischen Weg des Friedens gehört auch das Handeln für globale Gerechtigkeit. Denn das wirtschaftliche Ungleichgewicht auf der Erde ist Quelle endloser Gewalt. Das zugrundeliegende System einer „Götzendienst“-Wirtschaft, so Papst Franziskus, muss „Krieg führen, um zu überleben, wie es die großen Imperien immer getan haben. Aber weil man keinen Dritten Weltkrieg führen kann, führt man eben regionale Kriege“ (Interview mit der spanischen Zeitung *La Vanguardia* vom 9.6.2014). Viele deuten die Gewaltkomplexe der Gegenwart als „religiösen“ Konflikt. Doch der Papst spricht „von einem Krieg der Interessen, für Geld, Naturressourcen und die Herrschaft über Völker“ (Radio Vatikan, 27.7.2016). Obwohl genug für alle da ist, sterben jährlich 20 Millionen oder mehr Menschen an Hunger. Die Armen der Erde sind am stärksten betroffen vom Klimawandel, den in erster Linie die mächtigen Industrienationen verursacht haben. Die aggressive Form des Wirtschaftens, die so viele Menschen in Flucht und Elend treibt, kann nur mit Gewalt und hohen Mauern aufrechterhalten werden.

Der prophetische Einspruch zeigt auch den Reichen einen Ausweg: „Sucht das Gute, nicht das Böse; dann werdet ihr leben!“ (Amos 5,14) Es gibt, so der Jesuit Friedhelm Hengsbach, eine Alternative: „Teilen, nicht töten.“ Der Einsatz für wirtschaftliche Gerechtigkeit auf dem Globus und die Bereitschaft zum Teilen sind Prüfsteine glaubwürdiger Friedenspolitik.

Die katholische Friedenslehre gründet auf dem Glaubenssatz von der einen Menschenfamilie, der Gleichberechtigung aller Völker, der Ächtung des Krieges und dem Vorrang des übernationalen Weltgemeinwohls. Sie ermutigt uns als Mitglieder der weltweiten Kirche und verbindet alle Menschen. Für die Menschen auf dieser Erde kann es nur eine gemeinsame Zukunft geben. Wo die Schönheit von „Recht und Gerechtigkeit“ und die Kraft der Gewaltfreiheit entdeckt werden, öffnet sich das Tor.

Peter Bürger (pax christi)

Ökumenisches Friedensgebet 2017

*Aus der Tiefe des Chaos
rufen wir zu dir, du Gott des Friedens.
Aus der Tiefe des Leidens
rufen wir zu dir, du Gott der Barmherzigkeit.
Aus der Tiefe der Angst
rufen wir zu dir, du Gott der Liebe.*

*Guter Gott, höre unsere Stimme, die um Frieden für unsere verwirrte Welt bittet.
Erleuchte unseren Verstand, dass wir lernen, auf deine Weise Frieden zu schaffen,
damit die getröstet werden, die um der Gerechtigkeit willen leiden.*

*Sende deinen Heiligen Geist, damit er uns auf den Weg des Friedens führe,
den du bereits begonnen hast.
Öffne unsere Augen für die Zeichen deiner Gegenwart in unserer erschöpften Welt.
Lehre uns, in Harmonie mit dir, unseren Mitmenschen und der Natur zu leben.*

*Wir sehnen uns so sehr nach einer friedlichen Welt:
in der Menschen in Würde alt werden können,
in der Eltern ihre Kinder in Liebe aufwachsen sehen,
in der die Jugend von ihrer Zukunft träumen kann,
in der Kinder eine glückliche Kindheit erleben können.*

*Guter Gott, stärke unseren Glauben an die Möglichkeit,
Frieden zu schaffen trotz aller Gewalt, die wir sehen.
Hilf unserem Bemühen um eine bessere Welt,
in der alle willkommen sind,
in der alle sich zum Festmahl versammeln,
in der alle in Freiheit verkünden können, dass Jesus der Erlöser ist.*

Schwester Dr. Nazik Khalid Matty (Irak)

Zur Verfasserin: Die 1975 in Bagdad geborene Dominikanerin promovierte 2014 mit einem Stipendium des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio an der Universität von Oxford in Bibelwissenschaften. Nach der Rückkehr in ihre Heimat im März 2014 hätte sie sowohl am Priesterseminar in Karakosh als auch an der Theologischen Fakultät in Erbil lehren sollen. Doch am 6. August 2014 zog der „IS“ in Karakosh ein und sie und andere Ordensfrauen mussten nach Erbil fliehen. Sie wurden auf verschiedene Flüchtlingslager verteilt, um dort den Menschen zu helfen. Auch Schwester Nazik übernahm eine solche Aufgabe. Nun kümmert sie sich um die Flüchtlinge wie auch um die Ausbildung der Priesteramtskandidaten und Theologen.

Weitere Informationen zum Ökumenischen Friedensgebet finden Sie unter www.oekumenisches-friedensgebet.de.

Die Bibelzitate in dieser Arbeitshilfe sind der Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift (Stuttgart 1980) entnommen.

Impressum

Herausgeber

Sekretariat der Deutschen
Bischöfskonferenz
Kaiserstrasse 161 · 53113 Bonn
www.dbk.de

Bildnachweis

Paula Bronstein/gettyimages (Titel);
Deutsche Bischöfskonferenz; KNA;
Martina Neugebauer-Renner/
Pfarrbriefservice.de; Elke Wetzig
(S.8 | Lizenziert unter einer Creative
Commons Licence CC-BY-SA 4.0);
Friedrich Stark; K. H. Melters/
Missio; Rebekka Dierkes/Bilder-
erzbistum-koeln.de; WELSTech
(S.12 | CCO-Lizenz – gemeinfrei/
Quelle: flickr.com); Cesare Zucconi/
Sant'Egidio; Bernhard Riedl/Bilder-
erzbistum-koeln.de; Sandra Koch;
Adyan-Stiftung; Matthias Kopp;
Monika Düllmann

Gestaltung

MediaCompany – Agentur für
Kommunikation GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Engelhardt GmbH,
Neunkirchen

ClimatePartner 
klimaneutral

Druck | ID 11365-1611-1004

